

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).  
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18 608.

Inseratenpreise:  
Die 7gespaltene Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk.  
Die Reklame-Petitzeile 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 3721.

## Sturz der Kapp-Bande! Ultimatum der Unabhängigen Sozialdemokratie. Vor schweren Kämpfen in Berlin.

### Wie die Kapp und Wittich gestürzt wurden.

Frankfurt am Main, 17. März. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Berlin: Auf Grund der im Reichstagsgebäude geführten Verhandlungen haben Kapp und Wittich, dieser nach längerem Schwanken, sich zum bedingungslosen Rücktritt bereit erklärt.

Die Regierung ist dem Vizekanzler Schiffer übergeben worden. General von Hülsen hat im Namen der Regierung Bauer die Führung der Truppen übernommen. Vorher waren die unabhängigen Abgeordneten Cohn und Püning in der Reichstanzlei erschienen und hatten namens der in den Arbeitervierteln ausgerufenen Räterepublik ein Ultimatum überreicht, das, wenn bis 9 Uhr abends die Truppen nicht zurückgezogen wären, die bewaffneten Arbeiter zum Angriff schreiten würden.

Unter dem Eindruck dieser Nachricht haben Kapp und Wittich Bedingungen für ihren Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie. Die Verhandlungen dauern noch an.

Die Arbeiter in Weihenstephan, Reinickendorf und Spandau haben sich bewaffnet. Es sind blutige Kämpfe zu erwarten. Weiter meldet die Frankfurter Zeitung um 10 Uhr 48 Min. abends: Die Vorgänge im Laufe des Dienstagnachmittags haben sich wie folgt abgespielt:

Um 4 Uhr sind die Unterstaatssekretäre mit den Mitgliedern des Reichsrates im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Von der „neuen Regierung“ waren erschienen die Generale v. Wittich, v. Klewisch (früher Generalstabschef des Generalobersten v. Einem) und General v. Hülsen. Die Unterstaatssekretäre stellten den Generalen nochmals den Ernst der Lage vor Augen und machten auf die bevorstehende Katastrophe aufmerksam. General v. Wittich lehnte zunächst jedes Entgegenkommen ab, während von Herrn Kapp bekanntgegeben wurde, daß er seine Stellung bereits als verloren betrachte, und die Generale v. Klewisch und Hülsen, die beide Gegner des Kommandos der Baltikumtruppen gewesen waren und sich am Sonnabend bereit erklärt hatten, mit Truppengewalt gegen die Baltikumtruppen vorzugehen, zur Verständigung bereit waren. Um 6 Uhr erschienen die Generale v. Klewisch und v. Hülsen im Reichstag und teilten mit, daß General v. Wittich zurückgetreten sei.

Die Truppen stehen unter dem Kommando des Generals v. Hülsen, der nicht mit dem General v. Hülsen in Hannover zu verwechseln ist, der sich für die Regierung Kapp erklärt hat. Der Berliner General v. Hülsen hat erklärt, daß er die Regierung verteidigen werde. Die nächste Entwicklung läßt sich nicht übersehen, da von den militärischen Stellen erklärt wurde, eine sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Arbeitervierteln werde sich schwer bewerkstelligen lassen.

Stuttgart, 17. März. Nach aus Berlin eingetroffenen, absolut zuverlässigen Nachrichten steht Berlin vor den schwersten Kämpfen. Die Regierung Kapp hat sich zu jedem Entgegenkommen bereit erklärt.

Diese Meldungen enthalten noch sehr der wünschenswerten Deutlichkeit. Das eine kann allerdings wohl als sicher angenommen werden: die Kapp-Bande ist gestürzt. Ob sich aber deshalb Kämpfe in Berlin vermeiden lassen, ist noch lange nicht festgestellt. Denn die Generale, die den Oberbefehl über die Rebellentruppen übernommen haben, sind anscheinend nicht geneigt, diese gefährlichen Feinde der Republik aus den Arbeitervierteln zurückzuziehen. Zudem sind diese Herren v. Hülsen und v. Klewisch vom selben Garn wie der v. Wittich — sie werden ausdrücklich in der Meldung als Befolger des Rebellengenerals bezeichnet. Sie haben allendar auch

die Absicht, die Hochverräter entweichen zu lassen — es wird nicht über ihre Verhaftung mitgeteilt.

Übrigens hat auch Herr Lubendorff eine Rolle in den Kappkriegen gespielt. Sein Name wird in den Berliner Meldungen der bürgerlichen Blätter erwähnt. Auf seine Vermittlung soll ein verkappter demokratischer Parteiführer freigegeben worden sein.

### Ablegung Maerckers.

Aus Stuttgart kommt vom 16. März die folgende bedeutungsvolle Nachricht:

Der Reichspräsident Ebert und Reichswesminister Moske haben heute die Ablegung des Generals Maercker, Wehrkreiskommandos 4, verfügt. Das Kommando ist General Müller übertragen worden. Damit ist endlich dem zweifelhaften Spiel, das dieser Herr während der ganzen Zeit getrieben hat, ein Ende gemacht und eine gewisse Klärung geschaffen worden.

Vorausgegangen ist dem Schritt eine Sitzung des Kabinetts, in der Herr Maercker seine „Vermittlung“, d. h. seine Arbeit für die Kappbande an den Mann zu bringen suchte. Darüber wird berichtet: Stuttgart, 17. März. Gestern nachmittags fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert eine Kabinettsitzung statt, an der auch die Vertreter der Regierungen Württemberg, Bayerns, Badens und Hessens teilnahmen. Ferner waren anwesend der Präsident und der Vizepräsident der Nationalversammlung.

General Maercker, der auf eigene Faust nach Berlin zu Kapp und Wittich gefahren war, ist nach Stuttgart gekommen, um der Reichsregierung Vortrag über seine Berliner Einblicke zu halten. Er betonte ausdrücklich, daß er nicht als Unterhändler komme, er wolle nur angesichts der fürchterlichen Situation, in die Deutschland durch den Berliner Putsch geraten sei, zu Zugeständnissen raten, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Das Kabinett erklärte nachdrücklich und einmütig, daß von Verhandlungen irgendwelcher Art oder von Kompromissen mit den Berliner Putschisten keine Rede sein dürfe. Die Reichsregierung fordert den sofortigen und bedingungslosen Rücktritt Kapps und der übrigen neuen Männer, Unterstellung der Truppen unter einen General, der in keiner Weise an der Revolte beteiligt war und auf dem Boden der Verfassung steht. Sofortige Aufhebung der Vollmacht des Ebert, Eberts und der Offizierskompanie, Abtransport der Berliner Brigade von Berlin.

Die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen haben diese Forderungen rückhaltlos angenommen.

Das „verkappte“ Blatt der Reaktion, die Leipziger Neuesten Nachrichten, müssen den verkappten Kapp-Agenten natürlich in Schurken nehmen. Sie wollen von maßgebenden Stellen in Dresden gehört haben, daß dort von einer Enthebung des Generals Maercker von seinem Posten als Befehlshaber des Wehrkreises 4 nichts zu erwarten sei. Andererseits sind Meldungen seien nur als Gerüchte zu bewerten.

Sie stellen dagegen fest, daß die Stuttgarter Meldung von der Ablegung des zweideutigen Generals vom offiziellen Wolff-Bureau ausgegangen ist.

Das demokratische Organ, das Leipziger Tageblatt, erkennt an, daß die Stellung Maerckers eine bedenklich zweideutige gewesen ist und daß die Reichsregierung daher „trotz der stilleren großen Verdienste“ des „beliebten Truppenführers“ — gemeint sind die Taten der Kapptage — zur Ablegung schreiten mußte.

### Eine frühere Neuwahl?

Eine offiziöse Auslassung der Reichsregierung in Stuttgart bezeichnet es als erforderlich, zu Neuwahlen zu schreiten, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei. Das resultiert aus der politischen Lage „ganz von selbst“ — durchaus aber nicht aus der Tatsache, daß die Kapprebelle diese Forderung stellt.

Nach einer weiteren Meldung sollen diese Neuwahlen schon binnen zwei Monaten stattfinden.

### Die Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen.

Dresden, 16. März. Dem Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer ist folgende Verordnung telegraphisch zugesandt worden:

Die auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit getroffenen Maßnahmen im Freistaat Sachsen werden hiermit aufgehoben.  
16. März 1920. Reichspräsident: Ebert.  
Moske.

Die sächsische Regierung hat also das Versprechen, das sie den beiden sozialdemokratischen Parteien gegeben hatte, schnell erfüllt. Sie hat die Aufhebung des Belagerungszustandes über Sachsen bei der Reichsregierung erwirkt. Die verfassungsmäßige Freiheit des Bürgers ist endlich wieder hergestellt — wenn, ja wenn das Militär die Verordnung der Reichsregierung respektiert!

Das ist nämlich nicht so sicher. Und deshalb hüten wir uns, in Jubelhymnen ob dieses Zugeständnisses an die Arbeiterklasse auszubrechen. Denn die Verfügung ist zwar etwas, aber doch nur wenig — die Ausführung ist alles.

Und die liegt in den Händen der Militärgewalten, denen jetzt das Bürgertum aus Angst vor dem Proletariat schon wieder den Rücken stärkt und deckt. — Siehe die unumwundene Werbung für das Zeitfreiwilligen-Regiment! — obgleich die Herren Demokraten usw. doch eben erst die ganze Unzuverlässigkeit der militärischen Führer, ihre starke Neigung, für die Putschregierung einzutreten, recht deutlich gespürt haben. Aber die Herren vom Bürgerausschuß halten die Gefahr Kapp offenbar jetzt schon für geringer, als jene, die sie von der Arbeiterklasse befürchten! Das zeigte die gestrige, vom Bürgerausschuß einberufene Versammlung klar und unzweideutig. Die Verständnislosigkeit der Herren für die Haltung der Leipziger Arbeiterschaft müßte schier grotesk erscheinen, wüßte man nicht, daß ihnen die Angst vor dem Proletariat wieder einmal den Intellekt zu trüben vermag. Aber trotzdem, sie konnten schließlich mit ein wenig gutem Willen begreifen, daß die Stellung der Leipziger Arbeiterschaft zum Militär nach dem Blutbad vom Sonntag eine ganz andre werden mußte als vorher, und daß es daher einseitig ist, sich jetzt auf Erklärungen, die am Sonnabend abgegeben wurden, zu berufen, selbst wenn diese Erklärungen so gelautet hätten, wie die Herren jetzt zu glauben scheinen. In Wirklichkeit haben aber unsere Redner im Bürgerausschuß sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß eine zweideutige Haltung des Militärs, daß jeder Vorstoß zugunsten der Putschregierung oder jede feindselige Handlung gegen die Arbeiterklasse dieser selbstverständlich die volle Freiheit der Aktion gebet! Und seitdem ist mehr als eine solche Handlung des Militärs erfolgt. Oder rechnen die Herren vom Bürgerausschuß, wenn sie der Arbeiterschaft schon glauben zumuten zu dürfen, die Reheleien vom Sonntag geduldsig anzunehmen, etwa die „Ausweisung“, d. h. die offene Belagerung der beiden Kappischen Hochverrats-Agitatoren für eine bloße unpolitische Maßregel „zur Sicherung der Ruhe und Ordnung“?

Die Arbeiterklasse ist denn doch nicht dumm genug, um sich dergleichen einreden zu lassen. Sie beharrt in gesundem, pflichtmäßigem Mißtrauen gegen das Militär und fordert, daß ihm die Möglichkeit genommen werde, weiteres Unheil zu tun. Deshalb fordert sie die Bewaffnung der Arbeiterschaft, damit dem Militär vorerst ein Gegengewicht geschaffen werde, deshalb forderte sie die Aufhebung des Belagerungszustandes, der dem Militär außergewöhnliche Vollmachten zur Erdrückung der Freiheit der Staatsbürger gibt.

Diese Forderung ist nun, um nach dieser notgedrungenen Aufweisung auf den Kern der Angelegenheit zurückzukommen, auf dem Papier erfüllt. Dem schrankenlosen Regiment des Militärs ist der gesetzliche Boden entzogen. Die Abrüstung des Zeitfreiwilligen-Regiments in Leipzig muß jetzt sofort vorgenommen werden.

Aber wird sie erfolgen? Ist die sächsische Regierung stark genug, um die Befolgung der Verfügung zu erzwingen?

**WIE HADEN ZWEIFEL, die nicht ungerechtfertigt genannt werden können, wenn wir hören, daß in Dresden, also unter den Augen der Regierung, die folgende Verfügung des dortigen Kommandanten Müller trotz der Aufhebung des Belagerungszustandes bekanntgegeben worden ist und bestehen bleiben soll:**

Dresden, 10. März. Bekanntmachung! Auf Ansuchen der sächsischen Regierung habe ich den Oberbefehl über die gesamten Truppen in und um Dresden, über die Einwohnerverschutz, die Zeitfreiwilligen, die Landeswehr, die Volkswacht und die Volkspolizei übernommen. Unverantwortliche Elemente sind im Begriff, die augenblickliche Verwirrung der Lage unseres Vaterlandes dazu zu benutzen, russische Zustände einzuführen und das Vaterland in das Chaos zu stürzen. Ich will mit der mir anvertrauten Macht die sächsische Regierung und die Verfassung schützen, Ruhe und Ordnung wieder herstellen und die lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten. Ich bin überzeugt, daß ich von dem ordnungsliebenden Teil der Bevölkerung in meinen Bemühungen unterstützt werde. Ich erlaube mir, daß verboten ist: Versammlungen unter freiem Himmel und Auszüge jeder Art, sowie das Forttragen von Waffen. Wer im Besitz von Waffen ist, ohne dazu berechtigt zu sein, hat diese unverzüglich in der Waffensammelstelle, either Scharfener oder Stadtwandwächern, Volkspolizei, abzugeben. Gehen jeder seiner Pflicht und seiner Arbeit nach und wirke damit zu seinem und seines Vaterlandes Wohl.

Der Militärbefehlshaber,  
H. Müller.

Das ist ganz der Ton des Belagerungszustandes! Und das zeigt uns, daß mit der Stuttgarter Verfügung noch lange nicht das durchgesetzt ist, was das Proletariat als mindeste und erste Sicherung seiner Position zu fordern hat.

Die sächsische Volkstammer hat sich gestern schon gegen die Müllersche Verordnung gewendet. Ihre Aufhebung ist aber noch nicht durchgesetzt.

Und in Leipzig ist die militärische Besatzung aufrecht erhalten, ist von einer Zurückziehung der Zeitfreiwilligen noch nichts zu bemerken. Wird von den Militärs den Befehlslinien der Volkserziehung und der Regierung Widerstand geleistet werden?

Übrigens war nach dem Leipziger Tageblatt schon gestern in Leipzig das Verlangen nach Zurückziehung der Zeitfreiwilligen „so gut wie allgemein geworden“. Wie die Verhandlungen des Aktionsausschusses zeigten, hatte die gesamte Bürgerschaft, mit dem Oberbürgermeister an der Spitze, es sich zu eigen gemacht, ja, die Beamtenschaft, und zwar aller Grade, hatte für den heutigen Tag mit Zustimmung gedroht, falls dieses Zugeständnis an die Arbeiterchaft nicht gemacht würde. Aber zum Schluss folgt der Satz: „Inzwischen eingelaufene militärische Meldungen ließen es nicht ratsam erscheinen, für den Augenblick etwas an den Vorkerkungen zu ändern.“

Das demokratische Bürgertum scheint danach seinen festen Standpunkt finden zu können. Das muß es aber, wenn anders es bei den Entscheidungen eine Rolle spielen will.

Die staatsbürgerliche Freiheit wird ungeschützt durch gewisse neue Einschränkungen beschränkt. Heute vormittag wurden der Redaktion der Leipziger Volkszeitung von einer „Überwachungsstelle“ telefonische Ferngespräche unmöglich gemacht. Gegen diese gleichwärtige Maßnahme ist natürlich sofort geharnischter Protest erhoben worden.

Die bereits vor Redaktionsschluss in erregtem Ton vom Chef des Stabes erteilte telefonische Antwort war, daß die Maßregel bestehen bleibe, daß man wisse, daß wir mit ungeschützten Mitteln vorgehen, daß der Ministerpräsident Gradnauer dem Herrn Brigadefeldkommandeur die Ermächtigung gegeben habe, alle Verfügungen zu erlassen, die er für notwendig halte (!), daß man über die falschen Nachrichten, die wir verbreiteten, genau unterrichtet sei, da alle unsere Gespräche überwacht würden, und daß die Tatsache, daß wir die falsche Meldung von der Errichtung der Räterepublik nach Hamburg gegeben hätten, u. a. gegen uns ausgenützt werde. Im übrigen treffe der Minister Schwarz noch heute beim Kommandeur hier ein.

Genosse Bloch als Chef der Redaktion hat gegen die Maßnahme und gegen die falsche Beschuldigung — nach Zeit ist lediglich die Wolff-Meldung von dem Ultimatum der Genossen Cohn und Däumig an die Kappbande, in dem von Proklamierung der Räterepublik in den Berliner Arbeiterkreisen die Rede ist, weitergegeben worden — protestiert, worauf die Antwort erfolgte: Da können Sie protestieren, soviel Sie wollen!

## Die Bullentheorie Gröners.

### Hindenburg wird erneut vorgeschoben.

Der General Gröner, der Arbeiterchaft als Anführer bekannt, versucht jetzt mit den schnellsten Mitteln eines militärisch-honorigen Stammschwunds zu erreichen, was den Hauptgründen des Unfriedens nicht gelingen wird. Er hat sich in Frankfurt, seinem Wohnort, von einem Mitroprediger interviolen lassen und dabei seine edlen patriotischen Ziele im Zusammenhang mit der Verteidigung seines bereits ungeschützten Vermögensverhältnisses ausgesprochen. Nach ihm ist natürlich als Vorkläufer, ein sach unzurechnungsfähig, kurz gesagt, ein Bullen! und Kapp ist für ihn ein Vorzeichen der gleichen Spekulation. Gröner will sie deshalb ausschalten und das Kabinett, in das „vernünftige Leute“ hineingehören, zu einem Uedergang ins Ministerium umwandeln. Darin soll seine haben — er ist ja harmlos nach Gröners Begriffen — auch Über ein Witzchen haben. Aber die Hauptsache soll sein: Die Entscheidung darüber liegt beim alten Hindenburg! (wörtlich). Der General soll als „Zerthäuser des deutschen Volkes“ gottesfürchtig warten und beide Seiten sollten durch seine Ratsperson ihre Bedingungen bekanntgeben.

Soweit Herr Gröner. Die Spielhändler werden natürlich diesen Spekulationen des sogenannten „gebunden Menschenverstandes“ ausgeben. Für den Politiker gleich welcher Partei bedeutet die Grönerschen Ideen nichts weiter als ein Kompositum von hausbackener Viebermannschläge und vollendeter Urteilslosigkeit über die wirkliche Verfassung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland, verändert durch die Schwindigkeit, mit der es serviert wird.

Nach einer T.-U.-Meldung, die durchaus in den Streifen paßt, hat „der alte ehrliche Seemann“ Hindenburg klugheitsgemäß demüthigt, daß er gegen Kapp durchsetzen lassen habe. Das Kaputt hat bewiesen die Wichtigkeit dieser Meldung und glaubt, sie rühre von den Kapp-Deuten her. Uns kann dieser Streich um Hindenburgs wirkliche Stellung höchstens belustigen.

## Die Kappbande zeigt die Krallen!

### Androhung ungarischen weißen Schreckens.

Der Generalstreik in Berlin greift den Ausschiffen an die Kieße. Die wollen mit ihm durch ungarische Methoden fertig werden. Kostende Korordnung hängt seit gestern an den Straßen des Verkehrs.

**1. Die Handelshörer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Bedingungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft. 2. Diese Verordnung tritt an 17. März 1920, nachmittags 4 Uhr, in Kraft.**

Der Reichskanzler Kapp.

Welchem deutschen Arbeiter von Christlich verhält nicht und Sprache dieser „Verordnung“ eines vollkommenen Tollkühlers nicht den Mut in den Kopf? Der weiße Terror eines Dogma im Dubsapelt hat nicht so lebhafte Echo von sich gegeben, wie das Regiment seiner heutigen Militär-Minister. A un coraire coraire er dem — auf eine Haufe der Reaktion sein, hundert, hunderttausend kräftige Arbeiterkräfte! Eine andere Parole kann es für die Arbeiterklasse diesen Vorhaben gegenüber nicht geben, die da im Schutze des Patrialismus hinter ihren Maskennennungen auf den Maulkorb hernabsprechen sind, in die sie sich teige eine Heilung nach der Revolution verkrosten hatten, bis es einem Koske einfiel, ihre besonderen Talente und „Verpflanzte“ wieder zu entdecken.

Von der wahnwinnigen Gullotinterne des Streiks, des heiligen Nachts der Uudgezeiten, rücken selbst die kapitalistischen Kreise Berlins ab. Die Deutschdemokratische Partei Berlins fordert jetzt selbst ihre Mitarbeiter, „Arbeitgeber, Arbeitsschmer und Ansehler“ auf, die Arbeit niederzuliegen, solange Kapp an der Macht bleibt. Die Deutschdemokratische Partei trachtet nun zwar nicht das für kapitalistische Zrommelsfeld wilde klingende Wort „Streik“ aus, sondern fordert zur

### „nationalen Arbeitsruhe“

auf, die als „nationaler Protest des deutschen Volkes gegen den kriegswichtigen Versuch“ der Kontraktunter zu Gewerten sei. Wohnen von diesem rechtlich löschlichen Euphemismus — man nennt doch das auch Generalkontrakt beim richtigen Namen! — enthält der demokratische Ruf, aber auch eine durchaus beachtenswerte Forderung. Es heißt in ihm:

Die Deutschdemokratische Partei hält es für selbstverständlich, daß alle Arbeitnehmer, Ansehler und Kante durch die Arbeitsruhe keine Schäden erleiden, sondern Lohn und Gehalt, wenn es sein muß, aus Reichsmitteln erhalten. Die Partei und ihre Fraktionen sind durch Beschluß verpflichtet, für diese Auffassung einzutreten.

Doffentlich halten die wackeren Demokraten auch Wort!

## Die Entente denkt nicht an Anerkennung der Kapp-Regierung.

Stuttgart, 10. März. Der zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen bestimmte Geschäftsträger der französischen Regierung, Herr Dupont, ist in Stuttgart einetroffen. Er hat sofort beim Minister des Auswärtigen Amtes, Müller, seinen Anteil bezeugt gemacht. Minister Müller gab dem Geschäftsträger einen ausführlichen Situationsbericht. Er führte dabei u. a. aus, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris in häufiger Verbindung mit ihm stehe und die Geschäfte der ordnungsmäßigen Regierung führe. Da die Berliner Staatspräsident die Weidung vorzögen, daß sie Verbindungen zu den allierten Regierungen hätten, sei ausdrücklich festgestellt, daß die allierten Regierungen weder Herrn Kapp und Genossen anerkannt haben noch daran denken, mit ihm in diplomatische Beziehungen einzutreten.

## Englische diplomatische Vertretung in Stuttgart.

Stuttgart, 17. März. Das britische Mitglied der internationalen Kommission in Koblenz, Robertson, ist als Vertreter der englischen Regierung bei der verfassungsmäßigen Regierung nach Stuttgart entlandt worden.

## Vorbereitungen der Entente zum Einmarsch.

Nach einer Haas-Meldung aus London hat der Oberste Rat gestern die allgemeine Lage in Deutschland besprochen. Er hat die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um auf das genaueste über die Ereignisse unterrichtet zu werden.

Der Pariser Temps berichtet, daß Lord George der Ansicht sei, in Deutschland nicht zu intervenieren, solange die neue Regierung nicht versuche, die Beziehungen wieder einzulösen. — Sun dan Express schreibt, die offizielle englische Auffassung sei, daß die Berliner Anträge als innerpolitische Angelegenheiten Deutschlands zu betrachten seien. Sollte sich jedoch zeigen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht innegehalten werden, so würde es Sache des Obersten Rates sein, die notwendigen Verhaltensmaßnahmen zu treffen. Logen schlägt die englische Presse scharfe Töne gegen Deutschland an. Selbst der liberalere Observer schreibt, daß man niemals das Schicksal Europas vobelerum in die Hände der Junker und Reaktionäre fallen lassen sollte. Das Blatt weist auf die schwere Verantwortung hin, die Holland auf sich nehme, daß es den Exzesse so nahe an der deutschen Grenze gelassen habe.

In Paris hält man das passive Verhalten, das in den englischen und amerikanischen Aeusserungen zum Ausdruck kommt, für sehr gefährlich. Der Temps hebt besonders die Tatsache hervor, daß doch eine militärische Gruppe die geschlossene Regierung in Deutschland vertrieb und die Nationalversammlung aufstellte hat. Die preussischen Offiziere hätten ihre Karte in die Waagschale geworfen. Es sei notwendig, daß auch Frankreich seine Karte in die Waagschale werfe. In der Tat hat auch das englische Kriegsministerium inzwischen alle Vorbereitungen getroffen, um jeder Entwicklung der Lage in Deutschland gewachsen zu sein. In den besetzten Gebieten werden die allierten Truppen bereitgehalten, um eventuell sofort auszurücken zu können. Es werden Verstärkungen in Reserve gehalten.

Die französische Regierung hat nach einer Haas-Meldung angesichts des in Deutschland angesprochenen Bürgerkriegs in einer Sitzung des Gesamtschreibens Sicherheitsmaßnahmen beschlossen. Die französischen Presse Frankreichs fordert mit Nachdruck, daß die Allierten ihre Truppen sofort in Deutschland einmarschieren lassen sollten. Eine Information des Ministeriums des Auswärtigen an die Presse spricht von dem außerordentlichen Ernst der Lage. Da der Gesandte des Friedensvertrages Gefahr drohe. Sie betont aber, daß Frankreich aus in Uebereinstimmung mit seinen Verbündeten handeln würde.

## Die Tagung der Nationalversammlung gesichert.

Stuttgart, 17. März. Es liegen nunmehr so viele Anmeldungen von Abgeordneten vor, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung gesichert ist. Eine Reihe von Sonderzügen aus Schlesien, Mecklenburg und dem Westen des Reiches sind bereits angekommen, weiterezüge werden heute und morgen erwartet. Die erste Vollziehung der Nationalversammlung ist auf Donnerstag nachmittags 4 Uhr einberufen worden.

## Entschiedene Abgabe der Württemberger an Kapp.

Stuttgart, 17. März. Der württembergische Landtag hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in der Präsident Reich brionig, der Landtag bekunde feierlich, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe und nur eine verfassungsmäßige und aus demselben hervorgehende Regierung anerkennen. Staatspräsident Bloch verurteilte die Revolution in Berlin. Die Einladung Kapps zu Verprechungen nach Berlin sei eine Frechheit. Der Stuttgarter Streik sei ein überflüssiges Unternehmen,berge aber keine größere Gefahr in sich. Der Antrag der Reichsregierung, die Abgabe der Württemberger an Kapp, werde angenommen.

## Na also!

### Die Deutschnationalen für Kapp.

Die Deutschnationalen Leipzig haben dem bürgerlichen Aktionsausschuss mitgeteilt, daß sie ihn nur unter der Voraussetzung betrachten, daß dieser beabsichtigt, lediglich dem Schutze der Einwohner Leipzig zu dienen und das Parteipolitik ausgeschlossen bleibt. Sie haben zur Begründung ihrer Haltung, die den Herrn vom Bürgerausschuss lieber eine schlaflose Nacht bereiten wird, gleich eine Erklärung ihrer Hauptforderung beilegt, die das Rebellens Kapp ermüdet, nach ihrem Willen bis zu 60 (in Buchstaben: sechs) Tagen Diktator zu bleiben.

Der Aktionsausschuss, der uns mit Unrecht vorweist, wir hätten die Welle der von ihm hergestellten Einheitskurve durchgedrückt, steht diese Wurst nun wirklich an ganz anderen Ende von den Maiten benagt. Wenn aber die Deutschnationalen, wie nach den Antischafnungen ihrer Redner vom Schlang, der von Orkes gar nicht anders zu erwarten war, sich nun an Kapps Verspödnungsunternehmen beteiligen wollen, wie ja politische Ehrlichkeit immer ihre schwächste Seite war, so werden wir sie gewiß nicht zurück zu stellen versuchen. Wir gewinnen dadurch nur Zeit für notwendige politische Arbeit, wenn die Rechtsreaktionstheorie denn absolut Doralität verliert und nicht auf den Todesstoß durch und warten wollen.

Genau wie die Deutschnationalen Leipzig sich nur für den Schutze der Einwohnerchaft einsetzen wollen, so hat ja auch das Militär die gestern immer erklärt, daß es „für Ruhe und Ordnung“ sei; weniger verschwommenen Erklärungen waren von uns absolut nicht aus ihm herauszubringen. Nun ist wenigstens durch die deutschnationalen Erklärung der nebulöse Begriff „Ruhe und Ordnung“ mit hinreichender Deutlichkeit definiert. Für diese Klärung darf man dankbar sein.

In der erwähnten Erklärung der Hauptleitung der Deutschnationalen Volkspartei heißt es u. a.:

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Leitung und die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei in steigendem Maße gezwungen, Kritik an den Taten der bisherigen Regierung zu üben. Diese Haltung der Deutschnationalen Volkspartei erfährt durch die Ereignisse vom 11. März 1920 keine Veränderung. Die Partei nimmt nach den Erklärungen der neuen Regierung als selbstverständlich an, daß auch diese Regierung das Ziel hat, unverzüglich verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen, daß sie also innerhalb der in der Verfassung festgelegten Frist von 60 Tagen auf Grund des Nationalversammlungswahreschtes (Verordnung vom 30. November 1918) durch Neuwahlen dem Volke Gelegenheit geben wird, seinen Willen zum Ausdruck zu bringen. Bis zu dieser Entscheidung ist die Deutschnationalen Volkspartei bereit, mitzuarbeiten, um in Zusammenarbeit aller Kräfte des deutschen Volkes Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten.

## Die Lage in Berlin.

Über die Ereignisse in Berlin ist zuerst kein klares Bild zu gewinnen, da jede direkte Verbindung unterbrochen ist. Der Generalstreik der Eisenbahner hält an. Fernruf sind in Berlin nicht mehr einetroffen. Nach einer Meldung der U. N. ist die Generalkontraktion am Dienstag vormittag zu einer neuen Sitzung zusammengesetreten, um über die Veranschaffung von Lebensmitteln und Kohlen zu beraten. Die Eisenbahner verlangen, daß den Kraftwerken, die von der technischen Hochschule unterhalten werden, keine Kohlen mehr zugeführt werden. Da die Kraftwerke jedoch auch die lebenswichtigen Betriebe versorgen, so ist zu erwarten, daß diese Forderung nicht bewilligt wird.

Weiter wird aber berichtet, daß Berlin bis auf weiteres von einem Verkehr abgetrennt werden soll. Auch die Lebensmittel-Lieferung sollen nicht mehr herankommen, da die Eisenbahner bei der Werbung für weiteren, irgendwelche Dienste auf den nach Berlin führenden Strecken zu tun. Die Eisenbahner erlassen eine Rundgebung, in der sie auf die drohende Gefahr hinweisen, die der Republik durch die Vorkämpfer in Berlin droht. Sämtliche Organisationen der Eisenbahner, so heißt es in der Rundgebung, haben sich zu einer Einheitsfront zusammenschlossen und zum Kampf, zum Generalstreik auf den ganzen Linie aufgerufen.

Im übrigen scheint Berlin vor schweren Kämpfen zu stehen, da die Arbeiterchaft zum bewaffneten Vorgehen entschlossen sein soll. In verschiedenen Stellen ist es bereits zu Zusammenstößen gekommen. Die Verkehrsunion, deren Meldungen meist in einem für die Kapp-Zeit günstigen Sinne gehalten sind, berichtet darüber:

Am Schöneberger Ufer versuchte die Menge einen Wagen der Reichswehr von den übrigen Wagen abzukürzen und zu beschleunigen. Die Reichswehr feuerte, wobei 3 Männer und ein Mädchen schwer verwundet wurden. Im Krankenhaus, wohin die drei gebracht wurden, ist das Mädchen bald darauf gestorben. — An der Ecke der Brunnen- und Spandauerstraße wurde eine Waffenschmiede und etwa 30 Mann der Reichswehr von einer nach Hunderten zählenden Menge ebnmäßig eingeschlossen. Als die Menge agressive Vorgehen, wurde scharf geschossen. Es wurden 4 Personen getötet und verwundet. Von der umgebenden Menschenmenge wurde die Mannschaften überwältigt und entwaffnet. Die in großer Not befindliche Gruppe wurde schließlich durch ein mit Mannschaften besetztes Auto der Reichswehr befreit und in Sarg genommen.

Weiter meldet Wolffs Bureau:

Leutnant Barth, der zur Bekämpfung der Reichswehr gehörte, wurde von der wütenden Volksmenge in den Landwehrkanal geworfen. Mitalle der blauen Polizei und Schiffer zogen ihn wieder heraus. — Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Fischer ist verhaftet worden.

## Proteststreik Berliner Geschäftleute.

Stuttgart, 16. März. In Berlin verlieren Kapp und Genossen immer mehr an Boden. Jetzt haben auch die Berliner Unternehmer und Geschäftsinhaber ihre Betriebe und Lokale geschlossen als Demonstration gegen die Diktatur Kapps.

## Nachrichten aus dem Reiche.

### Belegung von Bitterfeld. — Erstürmung von Zibornewitz.

Bitterfeld, 16. März. (Klauer Bericht der Z. A.) 600 Mann Kavallerie, Wärders-Truppen (?), sind hier eingetroffen. Der Belagerungszustand ist verhängt worden. Am Sonntag nach es bel Zusammenstößen 3 Tote und 3 Verwundete, am Montag wurden 2 Kinder verwundet.

Zibornewitz ist unter Verordnung von Kanonen abgegraben worden. Man meldet 20 Tote.

Anschließend handelt es sich hier um Unternehmungen derselben Politik begw. Kapp-Banden, die Halle besetzt haben. Märschern über den Charakter der Truppen konnten wir leider nicht erlangen.

Zeitz, 16. März. Die Bergarbeiter und Landarbeiter haben die Arbeit eingestellt. Die Reichswehr stellte sich auf den Standpunkt der Regierung Bayer.

Halle a. S., 15. März. (Mg. Drahtm.) Auf den Braunkohlewerken A. G. bei Wittenberg kam es Montag früh beim Einrücken von Reichswehrtruppen zu Krawallen. Ein Bergmann wurde erschossen. Darauf folgten die Arbeiter auch die Notarbeiten ein, so daß der Schicht ausfiel.

Deßau, 16. März. Heute nachmittags kam es hier zu Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und der Menge, die die deutschnationalen Anhaltische Handlchen führen wollte. Drei Personen wurden verwundet.

wurden geübt. Der Präsident des anhaltischen Staatsrats, Teich, ist vom Reichspräsidenten Ober zum Inhaber der obersten Militär- und Zivilgewalt in Anhalt und zum Stellvertretenden Inhaber dieser Gewalten für die Provinz Sachsen ernannt worden. Teich begab sich bereits zum Kommando des Schillbataillons Nr. 8, Oberst von W., um von diesem eine blühende Erklärung über die Haltung der Truppen zu fordern. Der Oberst hatte bereits am Nachmittag erklärt, daß er auf keinen Fall den Aufstand unterstützen werde.

**Magdeburg, 16. März.** Die Reichsregierung hat zum Reichskommissar und militärischen Oberbefehlshaber für Sachsen-Anhalt Oberpräsident Köhler ernannt. Alle Staats- und Reichsbehörden sind ihm unterstellt. Köhler hat den Regierungsvorständen Hofmann zu seinem Stellvertreter ernannt. Dieser hat die Pressezensur aufzuheben. Meldungen der Regierung Kapp sind verboten. — Die Infanterie ist von der Einwohnerwehr befreit worden. Die dort befindlichen Kompanien der Freiwilligen wurden entwaffnet. Zum Stadtkommandanten von Magdeburg ist Oberst von Haupt ernannt worden. Der bisherige Kommandant, Generalmajor Grebel, ist zurückgetreten.

**Braunburg, 16. März.** Der Generalkriegsjahr wurde gestern von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften durchgeführt. Am Nachmittag rückte das Detachement Potsdam der Reichswehr von mehreren Seiten in die Stadt ein, mit Infanterie, Maschinengewehren und Artillerie, kassierte die Straßen und besetzte die Stadt. Der Belagerungszustand ist verhängt worden. Kommandeur von Wierich erklärt die Anforderungen, daß nach acht Uhr abends der Verkehr auf den Straßen eingestellt ist und daß bis morgen früh 8 Uhr sämtliche Straßen abgeleert sein müssen. Beim Einrücken sollen mehrere Personen in den Straßen verwundet worden sein.

**Karlsruhe, 16. März.** Für ganz Baden ist für Dienstag der Generalkriegsjahr verhängt worden.

### Die Münchner Garnison gegen Putsch.

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung des bayerischen Landtages gab der Präsident des Militärkomitees des bayerischen Ministeriums offiziell bekannt. Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten soll in einer zweiten Sitzung stattfinden. Weiter gab der Präsident folgende Erklärung ab:

Das Oberkommando übernimmt alle und jede Garantie, daß für heute und für die folgende Zeit von keinem Truppenteil der Münchner Garnison ein Sturz des Landtages beabsichtigt sei. Diese Garantierung ist außerordentlich streng begrenzt. Und ihr ist nicht zu trauen, wie sich die Münchner Truppen zu der Situation im Reiche stellen.

**München, 15. März.** Durch Anschlag wird amtlich bekanntgegeben, daß die Reichswehr und die Einwohnerwehr Bayerns nach wie vor der Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stehen und jeden Angriff ihr gegenüber abwehren werden.

**München, 15. März.** Der Eisenbahnverkehr kommt mehr und mehr zum Erliegen. Das reisende Publikum wird am Hauptbahnhof darauf aufmerksam gemacht, daß bis auf weiteres keinezüge gehen.

### Regierungswechsel in Bayern.

Der bayerische Landtag hat den Kandidaten der Bayerischen Volkspartei, den Regierungsvorstand Dr. von Rath, zum Ministerpräsidenten, statt des bisherigen Mehrheitssozialisten Hofmann, gewählt, gegen den seit dem Sturz der Münchner Militärdiktatur in der gesamten bayerischen Presse ein beständiger persönlicher Widerstand geführt worden war. Raths Programm lautet: Kampf gegen das Parlamentarismus, gegen die Schlemmer und Unverschämten des Landes. Mit der Wahl Raths hat also der Reichsfallismus und Parlamentarismus in Bayern einen Erfolg erzielt.

### Sieg der Regierungstruppen in Wilhelmshaven.

**Stuttgart, 17. März.** Die Garnison Wilhelmshaven befindet sich restlos in den Händen verlässlicher Soldaten. Sämtliche Führer sind von den Truppen verhaftet worden. Reichswehrminister Klose hat einen zuverlässigen Befehlshaber ernannt und angeordnet, daß die Offiziere in Haft zu behalten sind.

### Verstärkung für die Hochverräter.

**Berlin, 16. März.** v. Seitz-Vorber, der sich für die neue Regierung erklärt hat, hat eine Reihe von Verordnungen erlassen, gegen die Senat und Bürgerwehr, die sich der neuen Regierung anschließen, entschiedene Stellung nehmen.

**Berlin, 16. März.** Freiherr von Braun, der Regierungsvorstand des Reichs, hat in einem Aufruf, der sich im Hinblick auf den Oberpräsidenten und den bisherigen Befehlshaber an die neue Regierung anschließt.

### Rockmittel für die Reichswehr.

**Stuttgart, 16. März.** Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Vorkonferenz beschlossen, daß die Röhrenrohre für die Reichswehr, die im Entwurf der Beschaffungsdarstellung vorgezeichnet sind, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung ab 1. April zur Ausführung gelangen.

Die Bayer-Regierung versucht also, mit diesem Mittel die Reichswehr für sich zu gewinnen. Sie zeigt damit, daß sie von ihrer eigenen Stärke und der Zuverlässigkeit der Truppen keineswegs so sehr überzeugt ist.

### Zurückziehung der Reichswehr aus Frankfurt.

Der von den drei sozialistischen Parteien gebildete Aktionsausschuß hat einen Aufruf erlassen, worin er den Kampf gegen die Reaktion mit verstärkten Mitteln ankündigt. Am Dienstag sollte beraten werden, ob der Generalkriegsjahr aufgehoben werden könnte. Ueber das Ergebnis der Beratungen ist noch nichts bekannt. Die Demokraten sind über das Vorgehen der Sozialisten entsetzt, weil die Kriegserklärung das demokratische Bürgerrecht von ihrer Aktion ausgeschlossen hat. Die einmarschierte Reichswehr ist angeblich auf Veranlassung des Polizeipräsidenten zurückgezogen worden. Der frankfurter Bürgerausschuß hat die Regierung gebeten, die Reichswehr nicht zurückzuziehen, um Unruhen in Frankfurt zu vermeiden. Daraufhin hat die demokratische Partei an den Oberpräsidenten in Kassel und an die Reichsregierung in Stuttgart die telegraphische Bitte gesandt, dem Antrag des Bürgerausschusses nicht zu willfahren. In Frankfurt selbst herrschte Montag und auch in der Dienstagnacht vollständige Ruhe.

### Minister Giesberts vermißt.

**Dresden, 16. März.** Die Staatskanzlei teilt mit: Präsident Ober ist mit den Ministern in Stuttgart eingetroffen. Er hat Minister Giesberts, über dessen Verbleib von Dresden aus Nachforschungen angestellt werden sollen. In Stuttgart ist auch Geheimrat eingetroffen. Das Kabinett tritt heute zu einer Sitzung zusammen, an der auch Abgeordnete der Nationalversammlung teilnehmen.

### Die Bewegung in Westfalen und Thüringen.

**Berlin, 17. März.** (Eigene Drahtmeldung der S. V.) Die Arbeiterbewegung leidet dem Generalkriegsjahr fort. Diese Nacht sind vor dem Polizeigebäude mehrere junge Leute festgenommen worden. Sie hatten die Waffen und mit Rasierklingen versehen waren. Sie hatten die Absicht, den im Polizeigebäude inhaftierten Oberbürgermeister von Grel, den Landrat und den Führer der dortigen Bauern zu befreien. Der Anschlag ist somit mißlungen.

Wie aus Grel's weiter mitgeteilt wird, tobten in Pflaun heftige Kämpfe, hauptsächlich um die von der Reichswehr besetzte Kaserne. Von Verdan sind Verstärkungen nach Pflaun abgegangen.

Im gesamten Reich ist die Bewaffnung der Arbeiterbewegung durchgehend.

Die Einwohnerschaft von Markranstädt demonstrierte am Sonntag in zwei Versammlungen gegen die konterrevolutionäre Regierung der Kapp und Lüttich. Den aufgestellten Forderungen an die alte Regierung wurde einstimmig zugestimmt. Beschlossen wurde am Montag in der Generalversammlung einzutreten. Der Streik hat am Montag auf der ganzen Linie eingesetzt. Die Stimmung der Streikenden ist sehr gut.

**Worms.** Die Zeitfreiwilligen wurden am Sonntag alarmiert. Sie besetzten alle wichtigen Gebäude und Wägen und besetzten die Bürgerschule. In der Nacht zum Montag trafen zu Fuß, zu Rad und per Auto Truppen von auswärts ein.

Die Arbeiterschaft beschloß am Montag, vom Dienstag ab in den Generalkriegsjahr zu treten, zunächst auf zwei Tage.

In Lauda haben am Montag Kämpfe stattgefunden, über deren Charakter und Ausgang Näheres nicht mitzuteilen wird.

**Pflaun, 16. März.** Gestern und heute sind hier verschiedene Verhandlungen durch die Behörden vorgenommen worden. In mehreren Versammlungen wurde heute beschlossen, die Forderungen dieser Versammlungen zu verlangen, andernfalls der Bürgermeister und der Polizeipräsident als Geiseln festgenommen werden. Das gestellte Verlangen wurde abgelehnt. Darauf kam es zu Schießereien in der Nähe der Kaserne, am Marktplatz und am Rathaus.

**Döbeln, 16. März.** Hier wurde der Generalkriegsjahr am Montagabend beendet.

In Rohrborn, Garitz, Geringswalde ist der Generalkriegsjahr vollständig durchgeföhrt.

**Horna, 16. März.** Hier hat sich ein 18er-Ausschuß aus den drei sozialistischen Parteien gebildet.

Wegen Entwaffnung der Bauern und der Bewaffnung der Arbeiter hat man mit dem Amtshauptmann verhandelt. Er hat sich darauf mit der Regierung in Verbindung gesetzt.

Die Landarbeiter der Umgebung sind in den Streik getreten. Sie zogen demonstrativ nach Horna.

### Ein Ausruf auf den Justizminister Dr. Harnisch.

**Dresden, 16. März.** Als der Justizminister Dr. Harnisch gestern gegen Mitternacht das Ministerialgebäude verließ, schloß sich ihm ein Mann nach, der ihn in der Nähe der Hofplatzstraße anhielt, ob er der Justizminister sei. Als der Minister das bejahte, schloß der Unbekannte auf ihn. Nur dem Umstande, daß sich der Minister schnell niederwarf, verdankt er, daß er unverletzt blieb. Der Täter entkam im Dunkel der Nacht.

Vor einigen Tagen erschien in Leipzig ein Aufruf des sächsischen Regierungsrats mit der Unterschrift Dr. Schmidt a. a. O. in Leipzig. Wie das Leipziger Tagblatt aus Dresden mitteilt, handelt es sich dabei um einen Irrtum. Dr. Schmidt ist nicht zurückgetreten und Dr. Schmidt ist nicht Mitglied der Regierung.

### Kapp-Agenzien in Dresden verhaftet.

Am Montag erschien ein Flugzeug über Dresden und warf Antruf für die Regierung Kapp ab. Beim Landen wurden die beiden Antrufe festgenommen, zunächst ins Ministerialgebäude gebracht und sodann der Polizei übergeben.

### Militärische Phantasieberichte.

Die sogenannten amtlichen Berichte der Brigade 19 in Leipzig über die Vorgänge in der Stadt sind ein Gemisch von Entstellungen und falschen Behauptungen und andererseits Verdächtigungen der Zeitfreiwilligen. In dem Bericht über den 10. März heißt es, es habe bei den Zusammenstößen zwischen Zeitfreiwilligen und Demonstranten (?) ein einheitlicher Angriff vorgelegen zu haben. Die Behauptung kennzeichnet die Wahrheitsliebe des Verfassers des amtlichen Berichts hinreichend und zeigt auch das böse Gewissen des Militärs. Wenn sie der Wahrheit die Ehre geben wollten, so müßten sie schreiben, daß ihre Leute ohne zwingenden Anlaß in die Passanten feuerten. Der Tod der beiden Schweizer Kausleute und der beiden Geschäftsleute auf dem Markt beweisen dies aufs schlagendste. Festzuhalten ist das Verständnis in dem Bericht, daß gegen die sich sammelnden eine absichtlich (?) zu kurz gerichtete Wurmkeule geschleudert wurde, deren Knall die gewünschte Wirkung ausgelöst habe.

Daß die leitenden Militärs auf jeden Schwinkel hineinfallen, den ihnen ihre Epizel zutragen, geht aus mehreren Mitteilungen hervor, die der Bericht enthält. Vor weiteren größeren Unternehmungen gegen die Reichswehr und die Zeitfreiwilligen sollen erst noch Waffen- und Munitionstransporte von auswärts abgewartet werden. Aber die größeren Unternehmungen vordringt und die Waffenverbündungen erwartet, wird nicht gesagt. Den Genossen Bruchardt und Ghemisch macht der Bericht zum Kommunisten. Phantasievoll ist die Nachricht von der geplanten Ausdringung der Mutterrepublik sowie von der Ablegung des Oathbürgermeisters und des Polizeidirektors zurückzuführen. Warum die Zahl der Zeitfreiwilligen so gering angegeben wird, ist erklärlich. Wenn die Leute erfahren, daß die Sache nicht ganz ungefährlich ist, dann verlieren sie den Mut und reihen aus.

### Unlebame Folgen des Putsch für Wilhelm.

**London, 16. März.** (Reuter.) Daily Express schreibt, die Alliierten seien zu der Erklärung berechtigt, daß weder der vormalige Kaiser, noch der vormalige Kronprinz wieder den deutschen Thron besetzen dürfen. Wäre es nicht schon ein Verstoß, auf die Unabhängigkeit Hollands zu sehen. Daily Express schreibt, die Lage in Deutschland rechtfertige eine energische Erneuerung der Verträge der Alliierten, daß Holland den vormaligen Kaiser wirksamer daran verhindern, Unheil anzurichten. Es gäbe keine Entscheidung darüber, daß Holland ihm weiterhin so nahe der deutschen Grenze wohnen lasse und daß ihm soviel Freiheit gelassen werde, um mit seinen Anhängern auf deutschem Boden zu verkehren und zu intrigieren.

### Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Oesterreich.

**Wien, 16. März.** Wegen des neuerlich drohenden schärferen Kohlenmangels wird der Personen- und Güterverkehr auf allen mit Dampf betriebenen Eisenbahnen vom 17. März bis auf weiteres in demselben Umfange wie zu Weihnachten eingestellt.

### Wirkung der deutschen Vorgänge auf Oesterreich.

**Wien, 16. März.** Staatssekretär Jenner hat heute mit dem Wiener Vertreter der alliierten Mächte eine Besprechung über den Einfluss der Krise im Deutschen Reich auf Oesterreich. Die Kohlenzufüsse aus Oesterreich und die Eisenbahntransporte aus Bozen nach Wien seien gefährdet. Der Staatssekretär für Volksernährung Rosenfeld-Mutz begründete die Notwendigkeit

sofortiger erhöhter Lebensmittelzufuhren nach Wien. Er ersucht um Beschleunigung der in Wien bereits angeforderten Kreditaktion, sowie um eine Intervention bei der Polzeikommision in Wien wegen Fortsetzung der Kohlenzufuhren nach Oesterreich.

### Was man in Belgien erhofft.

Die sächsische Staatskanzlei hat über ein vom deutschen Gesandten in Brüssel, Landberg, eingegangenen Bericht über die Stimmung in Belgien folgendes bekannt:

Aus der belgischen Presse ist die unverkennbare Genugtuung über den Gang der Ereignisse in Deutschland zu bemerken. Man erwartet als Folge die Herabsetzung Deutschlands und noch engerer Zusammenhalt zwischen den alliierten Mächten. Die Gazette vom 16. März schreibt: „Niedrigste schließt das Abenteuer einen außerordentlichen Erfolg auf die Ostseite zu haben. Es hat sie gelehrt, wie wichtig es ist, Deutschland streng zu überwachen und wie die Ostseite sich wieder zusammenschließen muß.“ Nation Belgique schreibt: „Es ist in unserm Interesse, daß Belgien und Westdeutschland die Waffen erheben gegen Preußen? Nein! Aber es ist unser Vorteil, daß der durch den Staatsstreik hervorgerufene Zwist andauert und die deutsche Einheit zerfällt. Man hat in Belgien den unglaublichen Optimismus gemacht, diese Einheit zu erhalten und sogar zu stärken, das ewige Ziel des Pangermanismus und die Quelle aller Gefahren für die Nachbarn Deutschlands. Eine herrliche Gelegenheit bietet sich jetzt dieses wieder gützu machen. Erlauben wir nicht, daß unsere Untätigkeit den Eifer erkalten läßt und die Anstrengungen der rheinischen Bevölkerung hemmt, sich vom preussischen Joch zu befreien, mit aber ohne Zustimmung von Wilson und Lloyd George. — Belgien, Frankreich und Polen und alle Einschligen müssen hinarbeiten auf die Befreiung Deutschlands.“

Man hofft, daß die jetzige Abenteuerpolitik der Militaristen und Nationalisten im Ausland überall dieselben, für Deutschland li verhängnisvollen Wirkungen hat, wie die wahnsinnige Politik der Alliierten und Konventionisten vor und in der Kriegszeit.

### Deutschland.

#### Die Volksabstimmung in Schleswig.

Die Abstimmung in der zweiten Zone ergab 61 073 Stimmen für Deutschland, 13 188 für Dänemark, insgesamt 74 261 Stimmen, das sind 79 Prozent für Deutschland.

#### Die Liste der Kriegsverbrecher.

Wie das Echo de Paris meldet, hat der englische Botschafter Lord Derby der Botschafterkonferenz am Mittwoch ein Telegramm seiner Regierung überreicht, in dem die Verhaftung ausgeprochen wird, von Deutschland die Auslieferung von Paschas und Enver Paschas, die in Berlin wohnen sollen, zu verlangen. Das Blatt teilt weiter mit, die alliierten Regierungen würden die Note vom 11. Februar vorbehaltlich und der Oberste Rat in London würde verlangen, daß 40 Personen, die auf der Auslieferungliste stehen, vom Reichsgericht in Leipzig verfolgt werden und daß sie die Todesstrafe treffen müßte.

### Letzte Nachrichten.

In Schkeuditz kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen bewaffneten Arbeitermassen und Truppen des Landesjägerskorps aus Merseburg. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Verluste der Arbeiter betragen drei Tote und mehrere Verwundete. Die der Truppen zwei Tote und zwei Verwundete.

**Braunschweig, 17. März.** Bei Zusammenstößen mit der Sicherheitswehr am frühen Nachmittag gab es Tote und Verwundete auf beiden Seiten.

In Leinroten Solling an der Niedersächsischen Grenze beherrschen die unabhängigen Sozialisten die Lage. In einer unter solem Himmel abgehaltenen, von Tausenden besuchten Versammlung wurde die Durchföhren der Aktion beschlossen.

**Berlin, 17. März.** (Z.-N.) Hier hat sich ein Aktionsausschuß unter Führung der Unabhängigen Köln, Dümmler, Golbschmidt, Kurt Neumann, Ruch, Brah, Ohmann und Müller gebildet zu dem Zweck, die Diktatur des Vereinstarifs zu erschüttern. Die Stellung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der gesamten Staatsmacht ist bei der veränderten Lage von jedem Gewissenszwang befreit. Augenblicklich finden Besprechungen zwischen den Vertretern der alten und neuen Regierung und höchstem sächsischen Parteien über ein gemeinsames Handeln gegen den Bolschewismus statt.

Die Duells, aus der diese Nachricht stammt, ist sehr verdächtig. Wir geben die Meldung daher mit allem Vorbehalt wieder. Vielleicht handelt es sich um den letzten Versuch der Kapp-Bande, für sich Stimmung zu machen.

### Die Zeitfreiwilligen bleiben mobilisiert.

Reichswehrbrigade 19.  
Befehlshaber Westfahlen.  
Auf die am 16. März am 16. März der verfassungsmäßigen sächsischen Regierung übermittelte Erklärung der Reichswehrbrigade 19 hat der Ministerpräsident Dr. Gradnauer mich keines vollen Wortes beachtet. Dem Wunsch der Brigade entsprechend wird nach heute ein mit allen Vollmachten ausgestattet Mitglied des sächsischen Ministeriums in Leipzig eintreffen. Ministerpräsident Gradnauer hat mich ermächtigt, bis dahin nach eigenem Ermessen alle die Entschlüsse zu fassen und Maßnahmen zu treffen, die nach meiner Ansicht die Lage erfordert. Die Brigade wird daher weiter nach den Bestimmungen des Besetzungszustandes verfahren; die Zeitfreiwilligen bleiben einberufen.

Der Befehlshaber Westfahlen,  
Gen.-Senft von Pilsch,  
Generalmajor und Führer der Reichswehrbrigade 19.

### Ein erschütternder Aufruf.

Zu der heutigen Versammlung der Leipziger Bauern in der Werthealle kam es zu einem erschütternden Aufruf. Derselbe brachte während der Rede des Prof. Koch einen gerade erstoffenen 19jährigen Knaben und kleinen Ansehns des Opfers der Reaktion furchtbare Anklagen gegen die Schulbehörden aus.

Die Michaelschen Ehre. Nach der Beerdigung der Revolutionsopfer am Freitag stattfinden, treffen sich die Michaelschen Ehre am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Pindentfels zur Beerdigung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Herrlich Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Herrlich Leipzig.  
Druck und Verlag: Verleger: Anzeiger-Verlagsgesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Leipzig

Donnerstag, den 18. März, abends 1/2 7 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
im Volkshaus, Richer Straße 82.  
Tagesordnung: 1. Die Betriebsratswahlen. 2. Unserer Lohnaufbesserungsversuche. 3. Versuche der Gewerkschaften. 4. Die Besetzung aller Kollegen ist notwendig und Pflicht. Die Mitglieder sind vorzukommen. Die Besetzung aller Kollegen ist notwendig und Pflicht. Die Mitglieder sind vorzukommen.

## Lithographen, Steindruckerei

Die Veranlassung am Donnerstag fällt aus.  
Die Sektionsleitung.

## Witzhausen-Zuckehausen.

Die veränderte politische Lage.  
Der Vorstand des Ortsvereins der U. S. P. D.

Die Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig, e. V.  
Für die Dauer des Streiks fallen alle Übungsstunden im Diana-Bad aus.

### Reise-Taschen

aus prima Rindleder und starkem Segeltuch  
Eigene solide Fabrikate  
Größte Auswahl • • • Billigste Preise  
**Karl Blaich**  
Windmühlenstrasse 32 Tauscher Strasse 18  
Koffer- und Lederwaren-Fabrik.

## Brauhaus Riebeck

Vel. 14110 Reichhaltige Mittags- u. Abendkarte Bahnfr. 17/19  
Vornehme Unterhaltungsmusik - Das gute Riebeck-Bier  
**Neu! Wein-Abteil Neu!**

### Radfahrer! Achtung!

Wir protoklieren alle abgefahrenen Radrollen.  
**Prima Gummilauffläche**  
Keine Reifensorge mehr.  
**Preuss & Rauer**  
Vulkanisierungs-Anstalt  
Leipzig-Anger - Tel. 60026 - Zweinaundorfer Str. 11.

**K. P. D. Norden.** Donnerstag, den 18. März  
Donnerstag, den 18. März nachmittags 4 Uhr  
in der Gesellschaftshalle Mockau, Volkshausstr.  
**Firma Emil Pinkau & Co., A.-G.**  
Treffpunkt des gesamten Personals Donnerstag früh 9 Uhr  
bei Funko, Wittenberger Straße. N. N. E. Wionicka.

### Samen!!

Saat-Gemüse- u. Blumenfaat.  
in nur best. u. feinst. Qual.  
inw. Raffia-Pack., Blumentöpf.  
Insektenlanggürt., Haup. ein  
Obstbaum-Parasitenum usw.  
empfehlen  
**Sans Siebig**  
Samen- und Pflanzenhandlg.  
Leipzig, Kolonnenstr. 8.

### Trauringe massiv

**Gustav Kaniss**  
Leipzig, Tauchaer Strasse 6.  
Elegante Damen- und Kindergarderobe  
wird billig angefertigt  
Joh. Winterstein, L. - Jägerstr., Eichstädter Str. 5  
Atelier für Damenschneiderei.

# Kleiner Anzeiger

## Gartenland

guter Boden, in Leipziger Flur (Reichs-Güter) von 1500 qm und mehr zum Preise von 2,- bis 2,25 Mk. pro qm unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.  
**Architekt Wäthler Krüger, Leipzig, Neudorfstr. 11 und Gottschling, Alteingehöcker, Ringstraße 24**

### Radfahrer! Achtung!

Wir protoklieren alle abgefahrenen Radrollen.  
**Prima Gummilauffläche**  
Keine Reifensorge mehr.  
**Preuss & Rauer**  
Leipzig-Anger - Tel. 60026 - Zweinaundorfer Str. 11.

### Bettw., Handt.

Federbetten, Babyn., Bettw.  
**Martha Leuschner**  
Sucht und zahlt am besten  
Bayrische Straße 43, II. Etg.  
Bettfedern-Reinigung.

### Gold-u. Silberwaren

Uhren, Schmuckgegenstände  
M. Jarael, Ullrichs-Platz, Promenadestraße 5.

## Patentanwaltbüro Sack

Leipzig, Brühl 2.  
**Nähmaschinen nähen wieder wie neu**  
nach einer Reparatur in der Fachwerkstatt von  
**Lange & Lübcke**  
Leipzig-Döhlitz, Nechlerstraße Nr. 2  
An- und Verkauf neuer und gebrauchter Nähmaschinen

### Berhöuse

## Fruchtmasch

oh. Rüben, 1. Elmoren, billig  
**G. Koch**  
Lagerhofstraße, Vahndorfer Str. 46,  
L. u. v. Jansenstr. 20, III. Etg.  
Konfirmanten-Schule billig zu verkaufen. Wurster Str. 31.

## Gelogenheitskäufe

in Herren- u. Kinderkleidung, Militärsachen, Schuhe, Möbel, Wasche  
**Wadewitz**  
Lützowstrasse 33, I. Etg.  
Kleider- u. Schuhe-Verkauf  
Kleider- u. Schuhe-Verkauf  
Kleider- u. Schuhe-Verkauf

## Möbel

moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Küchen, gelesene Arbeit  
**Josef Hirsch**  
Zeitler Straße 6b.

### Slangefuche

## Tafelleim, kg 20 Mk.

Volgt, Eutritsch  
Dierichmannstraße 2b.

### Christliches Geschäft

zahl für Quecksilber, Kupfer, Messing, Blei  
**Dammenhayn**, Kirastr. 8.

### Felle

Rohes Kanin, Hasen, Iltisse, Marder usw.  
**Kryceminsky**  
Ptauensche Straße 2

### Sekt-Flaschen

Rotwein-Flaschen, Milch-Flaschen, Zeitungen, kg 1,50 Mk.  
**Mosch**

### Große Posten Konfirmanten Anzüge

wieder eingetroffen zu billigen Preisen.  
**G. Kindermann**  
Neumarkt 1, I. Unte., Ede Griminalische Str.

### Glasscheiben

aller Art im Ausschnitt billig.  
**A. Glaschker**  
Laudner Str. 26 Tel. 18890.

### Tafelleim

Kauf auch kleine Posten  
**Volgt, Eutritsch**  
Dierichmannstraße 2b.

### Grammophon-Platten

alle, abgeplattete u. zerbrochene  
**Zh. Kerstan, E. Müllern**

### Wir überbieten jedes Angebot

in Hasen, Kanin  
**Steigmann & Weintraub**

### Zahle f. Metalle

Lumpen kg 1,75  
Neutuch kg 8  
Strumpfwolle . 25  
**Flaschen**

### Felle und Häute

alle Art kauft zu den höchsten Tagespreisen  
**Gerberstr. 43**

### Sommer- und Bebergangs-Paletot

zu verkaufen.  
**Windmühlenstr. 33, I.**

### Fahrräder, Decken und Schläuche

gebrauchte und neue.  
**Fahrrad-Beyer**, Stahlweg 33

### Kauf alle

Mit-Entlastungsglas, Jackett- und Gehrock-Anzüge, Möbel, Betten, Tische, Uhr, Leibhausbüchse, Säge, alte hohe Breite.  
**Wadewitz**

### Wir überbieten jedes Angebot

in Hasen, Kanin  
**Steigmann & Weintraub**

### Kaninfelle!

bitten wir direkt an uns einzuweisen, da wir sie selbst verwerten, zahlen höchste Preise.  
**R. Hoffmann**

### Alle Arten Felle

kauft, allerhöchsten Tagespreisen  
**Nikolaitraße 28/32**

### Anzugstoffe

v. 36 Mk. pr. Mtr. an.  
**Windmühlenstr. 33, I.**

### Kopierpresse

gebrauchte  
**Fahrrad-Beyer**, Stahlweg 33

### Wadewitz

Windmühlenstr. 33, I.  
**Wadewitz**

### Fässer

Heringstonnen usw. für Öl, Teer und Fett  
**Heinrich Sens, Leipzig**

### Wir überbieten jedes Angebot

in Hasen, Kanin  
**Steigmann & Weintraub**

### Alle Arten Felle

kauft, allerhöchsten Tagespreisen  
**Nikolaitraße 28/32**

### Alle Arten Felle

kauft, allerhöchsten Tagespreisen  
**Nikolaitraße 28/32**

### Clysoz

Frauenkouchen  
Gewinnwaren  
Friedensqualität  
**Carl Klose Leipzig Markt 7/19**

### Fässer

Heringstonnen usw. für Öl, Teer und Fett  
**Heinrich Sens, Leipzig**

### Alle Arten Felle

kauft, allerhöchsten Tagespreisen  
**Nikolaitraße 28/32**

### Alle Arten Felle

kauft, allerhöchsten Tagespreisen  
**Nikolaitraße 28/32**

Die Zustände in Leipzig.

Der Belagerungszustand ist aufgehoben! Die Ausnahmemaßnahmen, die den Militärs die unbeschränkte Gewalt über die Zivilbehörden einräumten, sind beseitigt. An Stelle der Militärherrschaft ist der verfassungsmäßige Zustand getreten, nach dem die Träger der öffentlichen Gewalt die Zivilbehörden sind.

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes entfällt sofort die Frage, was wird nun in Leipzig geschehen?

Auf Grund des Belagerungszustandes konnte das Militär in Leipzig seine unbeschränkte Herrschaft ausüben. Gestützt auf den Belagerungszustand brauchte das Militär auch keinen Anweisungen der Zivilbehörden zu folgen.

Unter dem Druck dieser Kritik kam sogar eine Vereinbarung zustande, in der die Militärs sich bereit erklärten, am Montag die Truppen von der Straße zurückzuziehen.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes entzieht der Militärherrschaft in Leipzig die gesetzliche Grundlage.

Nicht die Militärs, sondern die Zivilbehörden haben jetzt für die Durchführung der Gesetze und besonders für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Wenn jetzt trotz der Aufhebung des Belagerungszustandes die Militärherrschaft in den Straßen Leipzigs tatsächlich noch weitergeht, so trägt dafür die Zivilbehörde, im besonderen der Rat der Stadt Leipzig die Verantwortung.

Der Rat hat die Pflicht, die Truppen anzuweisen, daß sie die Stadt zu räumen haben.

Die Truppen haben die Pflicht, den Anordnungen des Rates Folge zu leisten.

Gibt der Rat den militärischen Kommandostellen die Anweisung, daß die Straßen Leipzigs von den Truppen zu räumen und daß die Verkehrshindernisse, Stacheldraht usw. zu beseitigen sind, so hat das Militär zu gehorchen.

An den Rat der Stadt muß daher das dringende Verlangen gestellt werden, sofort Anweisung zu geben, daß die Truppen die Stadt zu verlassen haben.

Vorkünftig denkt freilich das Militär in Leipzig offensichtlich noch nicht daran, die Gewalt Herrschaft in den Straßen aufzugeben.

Eine weitere völlig ungesetzliche Handlung der Militärs ist die Unterbindung des privaten Telefonverkehrs, die Senft von Pilsach unterm 16. März von 6 Uhr abends an befohlen hat.

Das ist eine glatte Verletzung der Verfassung! Aber noch schlimmer, der Telefonverkehr wird auch am heutigen Tage, am 17. März, unmöglich gemacht.

Auch in übrigen entbehrt das, was nach der Aufhebung des Belagerungszustandes an Militärherrschaft in Leipzig ausgebüßt wird, aus jeden Schein von Recht.

Bei dieser Sachlage ist es nur verständlich, daß die Empörung gegen das militärische Gewaltregiment immer größer wird. Das ist auch den bürgerlichen Kreisen durchaus bekannt.

In dieser Sitzung haben Vertreter von Staatsbeamten und städtischen Beamten, sowie Vertreter der Lehrer die Zurückziehung der Zeitsfreiwilligen aus den Straßen Leipzigs verlangt, weil durch die Zeitsfreiwilligen die Bevölkerung gefährdet die Bevölkerung und die Beamten bei ihrer Arbeit.

Auch dieser Widerstand der Beamten zeigt, daß die Zustände in Leipzig immer unhaltbarer geworden sind. Anders kann es nur werden, wenn die Militärherrschaft sofort beseitigt wird und an ihre Stelle die Zivilbehörden treten.

Abtransport der von auswärts herbeigeholten Truppen einschließlich der Baltikumtruppen.

Zurückziehung der Zeitsfreiwilligen, Auflösung der Zeitsfreiwilligenformationen.

Zurückziehen der Truppen von der Straße, Beseitigung aller Verkehrshindernisse.

Bildung einer Einwohnerwehr, in der die Arbeiter entscheidenden Einfluß haben.

Übertragung des Schutzes der öffentlichen Gebäude an die Einwohnerwehr.

Gemeinsame Bestattung der Opfer der Straßenkämpfe und Unterhaltung der hinterbliebenen Familien.

Anerkennung der Forderungen durch Beschluß der städtischen Kollegien.

Bestellung von zivilen Beigeordneten bei dem Reichswehrkommando in Leipzig.

Nach Anerkennung der Forderungen Einstellung des Generalkreuzes.

Wiederaufnahme des Streiks, wenn die Truppen erneut die Konterrevolution unterstützen.

Die Schieberereien am Dienstag.

In den gestrigen Abendstunden war der Zugang in die westlichen Vororte sehr erschwert. In der neunten Stunde standen am Westplatz Gruppen von Adultern, die die arbeitslosen Schauerwärden erschälten.

Auf dem Johannispfad wurde am Nachmittag von einem Soldaten eine Handgranate auf die Menge geworfen. Wie aus ein Augenzeugen mündlich, wollte man offenbar die Menschen zum Auseinandergehen bewegen, denn provoziert wurde das Militär nicht.

In den gestrigen Abendstunden war der Zugang in die westlichen Vororte sehr erschwert. In der neunten Stunde standen am Westplatz Gruppen von Adultern, die die arbeitslosen Schauerwärden erschälten.

Das W. L. B. berichtet über die Vorgänge in Leipzig am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

In Leipzig hat sich die Lage ähnerlich verhält. Nachdem schon am ganzen Vormittag die Schieberereien andauert hatten, kam es in den Nachmittagsstunden an verschiedenen Stellen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Die Schieberereien am Dienstag nachmittag und in der Nacht zum Mittwoch.

Im Interesse des Proletariats liegt, jede Dummheit zu unterlassen. Insbesondere muß darauf geachtet werden, daß nicht Waffen in die Hände unbedenklicher und leichtfertiger Personen gelangen, die mit ihnen Unheil anrichten können.

Die Lage am Mittwochvormittag.

Der Verkehr auf den Straßen in Kleinschöcher war in der siebenten Stunde sehr gering. Die Passanten riefen und entzogen: umkehren, Sie werden nicht durchgelassen.

Mittwoch mittag schossen Truppen am Kristall-Palast wieder auf die wehrlose Menge, wobei nach Nachrichten, die uns zugegangen sind, ein Drahtentkletterer getötet worden ist.

Auch auf dem Johannispfad wurde heute wieder geschossen. Ein junger Mann erlitt einen Bauchschuß.

Kämpfe im Westen fanden heute vormittag statt. Maschinengewehr- und Bombgranatenschießen war weiterhin zu hören.

Beerdigung der Opfer vom Sonntag am Freitag.

Der Rat teilt uns mit, daß die Beerdigung der Opfer vom Sonntag, Freitag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhofe stattfinden.

Ueber die Vorgänge am Sonntag sehen und weitere Berichte von Augenzeugen zu.

Nachdem wir, vom Westen kommend, am Königsplatz mit den Demonstranten des Südens vereinigt, nach dem Augustplatz zu.

Zu den Opfern vom Sonntag kommt noch, wie uns mitgeteilt wird, ein in der Kurprinzstraße, wo sich ebenfalls eine wilde Schiebererei abspielte.

Am Sonntag gab es um 1/2 Uhr, wie uns ein anderer Zeuge mitteilt, beim Beladen der Verwundeten (11) ein scharfes Feuer.

Die Straßendämmerung legt Wert darauf, festzustellen, daß das Gerücht, daß ein Straßendämmerwagen erschossen sei, nicht den Tatsachen entspricht.

Wie wehrlose Bürger erschossen wurden. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Ermordung zweier Personen am Brühl geradezu fabelhaft.

Macht Front gegen die Unruhestifter! Gestern richteten wir an die Bevölkerung die Mahnung, die Straßendämmerung im Saume zu halten.

gab der Offizier den Befehl, auf sie zu schießen. Eine Salve krachte. Zwei Offiziere stiegen im Blut. Sie sturzen auf der Stelle. Mit solchen Verbrechen schloß man in Leipzig die rechtmäßige Regierung.

### Die Namen der gelebten Schweizer.

Auf Montag wurden auf dem Johannisplatz zwei Schweizer von Soldaten erschossen. Die Toten sind Kapitän Rudolf Reide aus Bern und der Kaufmann Heinrich Friedl aus Basel (Kanton Thurgau).

Wie es heißt, wären die Soldaten längere Zeit „beschimpft und bedroht“ worden und deshalb hätten sie geschossen. Selbst wenn das wahr ist, bleibt die Tat ein Verbrechen.

Zu welchem sauren Ausreden Zeitweilnehmer greifen, um ihr Vorgehen am Sonntag zu rechtfertigen, beweist folgende Mitteilung, die uns zueilt:

Hubert Wungig, Beamter der Deutschen Bank, Führer im Reichswehrregiment, der die Aufgabe hat, die Bankwache zu führen, erklärte am Montag früh einigen Angestellten der Bank, die Schärfe am Sonntag wäre notwendig gewesen, da sonst die Reichspublik ausgehen worden wäre. Tak die nicht geschehen sei, wäre allem dem Zeitfreiwilligen Regiment zu verdanken.

Wie uns mitgeteilt wird, ist das eine Leibesprobe vom Montag. Erup Hermann aus Sommerfeld, nicht Angehöriger der Reichswehr, sondern Griseur.

### Die Verhaftung der Arbeiter-Samariter.

Der Arbeiter-Samariter-Bund schreibt uns: Dem Sanitätspersonal des A.S.B. wurden Otto Opiß, Othmar Waff, Treffhorn, Schröder, Helbig, Paul Köhler und Martha Müller am 15. März, abends 7 Uhr, in der Ritterstraße verhaftet, nach der Kreditanstalt, von da nach der Börse und dann nach dem Rathaus gebracht, wo sie unter starker Bewachung bis 1/10 Uhr festgehalten wurden.

Als Grund der Verhaftung wurde angegeben, daß mit der Ermüdung Anflug getrieben würde und des öfteren Leute unter diesem Zeichen angetroffen würden, die weder einen Ausweis noch Verbandszeug bei sich führten. Es würde deshalb vermutet, daß mit der Umhülle des A.S.B. Spionage getrieben würde.

Die folgenden Mitglieder des A.S.B.: Richard Voltz, Alfred Arnold, Karl Koltick, Walter Schönbrodt, Max Köhler, W. Barred und ein Jugendlicher befanden sich seit 15. März, nachmittags 8 Uhr, bis 10. März, vormittags 7 Uhr, im Gebäude der Universität in Schutzhaft. Sie bekamen Verpflegung in Form von 1/4 Palet Kunstbrot, 1 1/2 Teller Marmelade und eine Handvoll Gebäck. Die Behandlung war gut. Decken für die Nacht wurden nicht zur Verfügung gestellt, so daß die Inhaftierten frieren mußten.

Die Ausfragen erstreckten sich in der Hauptsache auf geplante Angriffe der Arbeiterschaft. In einem Falle wurde bei Verweigerung der Aussage mit Schlägen gedroht. Als Grund der Verhaftung wurde in allen Fällen beschuldigte Spionage der Mitglieder des A.S.B. angegeben. Da wir doch als Sanitätspersonal nur unserer Pflicht nachkommen, so protestieren wir gegen derartige Verhaftungen unserer Leute.

Der Vorstand des Arbeiter-Samariter-Bundes (Kolonna Leipzig).

### Ein Waffenlager geräumt.

Der Sohn des Fleischmeisters Leutold, Waffenmacherstraße 8, hat im Grundstück ein großes Waffenlager unterhalten, das am 10. März von den Truppen oberholt wurde. In zahlreichen anderen Stellen waren Gewehre und auch noch Waffenlager vorhanden. Nur der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Reiche, wußte nichts davon. Er war stets der Abnungsbote!

### Die Leipziger Feuerversicherungsanstalt militärisch belegt.

Die Ortsgruppen des Verbandes der Versicherungsanstalten teilen uns mit, daß im Betriebe der Leipziger Feuerversicherungsanstalt wegen militärischer Besetzung des Gebäudes „die Arbeit bis zur Aufhebung der militärischen Besetzung ausgesetzt“ wird. Am Eingang mit der Zieldiagnose der Verbandspolizei fordern die Ortsgruppen des Verbandes der Versicherungsanstalten, außerdem die gesamte Versicherungsgesellschaft zur Beteiligung am Gesamterfolg auf.

Der Beschluß ist gemäß zu beschließen. Es hätte aber erwartet werden können, daß die Versicherungsangestellten nicht erst des Knostockes durch die militärische Besetzung bedurft hätten, um die Arbeit einzustellen.

### Keine Baltikumtruppen in Leipzig.

Wir brachten die Meldung, daß Baltikumtruppen nach Leipzig gekommen wären. Wie wir erfahren, handelt es sich nicht um Baltikumtruppen, sondern um tschechische Wehrmannschaften. Das ändert aber im wesentlichen nichts daran, daß sie zur Verstärkung des Reichswehrregiments herangezogen wurde, dessen Vordringen deutlich zeigt, in welchem Lager es steht.

### Der Postdienst

wurde am Montag und am Dienstag, der Innendienst, so weit er nicht gestört ist, sollte heute aufgenommen werden. Der Außendienst, das Ausfragen der Briefe usw., dagegen unterbleibt noch.

Einschränkung des Fernsprechdienstes in Leipzig. Wegen Einschränkung des Personals in den Abendstunden können, wie uns mitteilt, beim Fernspruchamt während der Dauer der Unruhen im Fernverkehr von 6 Uhr abends ab nur noch Staats- und dringende Geschäfte abgewickelt werden. Der Ortsverkehr wird von 7 Uhr abends ab in beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden.

### Vom Eisenbahnverkehr.

Zu Dienstag sind vom Hauptbahnhof einige Reichswehrlüge abgegangen. Auch heute sollen solche Lüge von Leipzig abfahren. Sonst werden nur Kohlen und Lebensmittel befördert.

### An die Soldaten der deutschen Republik

erzählt der Reichsdienstleistungsverband deutscher Berufs Soldaten folgende Aufsätze:

#### Kameraden!

Wir Berufs Soldaten haben der demokratischen, auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Regierung nicht einem Zwangsgebot und mit heuchlerischem Vorbehalt, sondern aus freiem Entschluß den Treueid geleistet.

Der neuen Reichsregierung gestrichelte Wandlinien ist ein hundertprozentiges Verbrechen, das wir nie Entschuldigung abgeben werden.

Kameraden, wir forschten euch auf, fast hinter der verschämten Mißgunst der Regierung zu stehen und den Vorgesetzten zu folgen, die zum Reichswehrminister Spalte erteilen wird.

S. S. Dresden, den 14. März 1920.

Dr.: Franke. adr.: v. Deynhäusen.

Folgender Aufruf geht uns zu:

Die letzten Vorgänge in Berlin und Brauburg zeigen immer wieder von neuem, wie berechtigt und notwendig der Zusammenbruch des Reichswahrheitsführer-Bundes ist.

Was will der Republikanische Führer-Bund?

A) Ziel des Republikanischen Führer-Bundes: Sammlung aller überzeugter Republikaner innerhalb und außerhalb der Wehrmacht — die jetzt oder früher eine führende Stellung einnahmen oder sie jetzt noch einnehmen — zum Schutz der deutschen Republik gegen alle monarchistischen und reaktionären (?) Umsturzversuche.

B) Aufgaben des Republikanischen Führer-Bundes:

1. Zur Erhaltung der deutschen Wehrmacht mit republikanischer Geisteshaltung, die:

a) die Befehlsgebung der Führerstellen mit republikanischer Geisteshaltung, solange das nicht möglich ist, sind den höheren Kommandostellen vollstetig beizubehalten.

b) Festhaltung der Stellung der Vertrauensmänner in der Wehrmacht und Schutz dem republikanischen Geisteshaltung in der Wehrmacht gegen Verfolgung.

2. Der Bund macht es seinen Mitgliedern zur Pflicht, jederzeit von ihrer Stellung aus im republikanischen Geiste zu wirken, sei es in der Wehrmacht, sei es in den zur Zeit noch bestehenden Freiwilligenverbänden, Einwohnervorständen, sei es in der Öffentlichkeit oder in irgendeiner sonstigen Stellung.

Kunstschüler über alle den Bund betreffenden Fragen erteilt die Landesgruppe Sachsen des Republikanischen Führer-Bundes,

D. H. Kamm, Leipzig-Reuditz, Eisenburger Straße 22.

Neue Schutzpreise für Büchler und Verpflichtung zum Preis. Bei dem Verkauf im Kleinhandel dürfen folgende Preise nicht überschritten werden: 200 Mk. für 1 Palet mit 10 Schachteln, 85 Pf. für 1 Schachtel zu je 60 Stück Sicherheitsschilder und 100 Pf. für 1 Schachtel mit 100 Stück Sicherheitsschilder; 4.— Pf. für das Palet zu 10 Schachteln, 40 Pf. für 1 Schachtel in 100 Stück bunte Sicherheitsschilder und weiße bunte Sicherheitsschilder; 200 Pf. für die Schachtel oder den Koffer zu je 600 Stück Sicherheitsschilder und 100 Pf. für die Schachtel oder den Koffer zu je 450 Stück; 150 Pf. für die Schachtel oder den Koffer zu je 300 Stück. Für die gewöhnlichen Sicherheitsschilder darf also höchstens für das Palet zu 10 Schachteln nicht mehr als 200 Mk. und für die eingetragene Schachtel nicht mehr als 85 Pf. gefordert werden. Dieser Preis gilt auch für ausländische Sicherheitsschilder. Die Händler mit Sicherheitsschildern haben in jeder Verkaufsstelle die festgesetzten Schutzpreise an einer sichtbaren Stelle zum Ausdruck zu bringen. Einzelhändler haben diesen Ausdruck an Wagen, Stande oder an einer sonst sichtbaren Stelle anzubringen.

Die neuen Gewerbe, Zentralheizungs- und Heizkesselgesetz für das Jahr 1920—1 werden an die Verbraucher, die schon im vergangenen Winter Brennstoffe an Gewerbe- und Heizkesselbetriebe bezogen haben, seit dem 20. Februar 1920 durch die Ortsgruppen der Reichsregierung, 1. Zimmer 28 — auszugehen. Sie sind nach der Reihenfolge des Alphabets an den in der Reichsregierung am 17. Februar 1920 bekanntgegebenen Tagen abzugeben. Da die Abgabe teilweise unterliegt, sind die Reihenfolge nicht beachtet worden ist, wird hiermit auf die genaue Bekanntmachung nochmals ausdrücklich hingewiesen.

Arbeitslosenunterstützung. Die Zahlung erfolgt von Donnerstag, den 14. März ab, Dorfstraße 2.

Arbeitslosenunterstützung. Die Zahlung erfolgt von Donnerstag, den 14. März ab, Dorfstraße 2.

### Der Bezirkspräsident J. K. Runge

Verpflichtung. Man teilt uns mit, daß die Polizei der S. B. S. vom 15. d. M., Nr. 84, nach der das Grundstück Villästraße 10 — Hotel Nord — mit Waffen besetzt gewesen sein soll, nicht den Tatsachen entspricht.

### Vollzeitsnachrichten.

Jugend von heute! Am 6. d. M. hat ein 18—14jähriger Schulknabe von einem Kaufmann ein Palet mit 25 versch. ebenen Büchern übergeben erhalten, damit er es mit einem Handwagen, den er bei sich führte, nach der Albertstraße bringe. Bis heute wartet der Verkäufer vergeblich auf den Büchler, den er als groß, kräftig, mit dunkler Haar und eine schillernde tragende Kleidung. — Durch einen Straßenverweigerer ist am 14. d. M. in der Bismarckstraße ein gerissener Wagnis des höchsten Lehraufs über ein wertvolles gelbes Tuch mit bester Qualität und roten Karree und mit Braunem versehen, 1,80x1,10 Meter groß, gehalten worden. Da das Tuch am selben Tage verlegt worden war, so konnte sich der betreffende Beamte einstellen, daß der Heberbringer ein zwölfjähriger Knabe gewesen ist. Offenbar hatte er das Tuch gestohlen. Wer zu diesen beiden Vorgängen Angaben machen kann, wolle dies recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Vollzeitsnachrichte tun.

Vorsicht vor Wasserrohrlecken! Wasserlären geschlossen halten! In letzter Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen Wasser aus Leitern gestohlen worden ist. Dieser und anderer Grundstücke wolle daher im eigenen Interesse ihr ganz besonderes Augenmerk darauf richten und jede verdächtige Wahrnehmung sofort dem nächsten Nachbarn mitteilen. Vor allem aber werden Eigentümer und Mieter von solchen Wasserlären unbedingt gewarnt und um sofortige Mitteilung bei Angebot an die Kriminalpolizei gebeten.

### Lebensmittellisten für Donnerstag, den 18. März.

#### Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleischt. Regler Tag — abzugeben G 1—10, G 1—5.

Anmeldung. Fleischt. Regler Tag — bestellt mit 10 E und K der Lebensmittelliste Reihe M (250 Gramm); Zusatzlebensmittelliste M für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen E 1—5 (100 Gramm).

Kohlenarten: Nr. 401—600.

#### Für Händler.

Kartoffel: Bezugskleinverteilung. Nährmittel für Kinder bis zu zwei Jahren und Nährmittel für Schwangere: Bezugskleinverteilung, Schulstraße 1.

### Die sächsische Volkshammer gegen die Berliner Putschisten.

Die sächsische Volkshammer hat in einer gestern nachmittags abgehaltenen Sitzung gegen die Berliner Putschisten eine Stellung genommen. Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen hatten schon vorher über gemeinsame Forderungen verhandelt, denen sich auch die Demokraten angeschlossen hatten. Heute standen die Demokraten national, die am Montag noch unter heuchlerischen Verdrängen ihre Mitarbeiterschaft und Mitarbeiterchaft an dem Berliner Verbrechen zu verbergen verstanden, und die Deutschen Volkspartei, die entsprechend ihren national-liberalen Traditionen ihre reaktionären Ansichten durch einige sozialdemokratische Forderungen verdrängen. Die Regierung machte noch am Montag den Ein-

trag einer vollendeten Maßnahme. Die Pensionen sind, wie wir schon gestern erklärt haben, den berechtigten Putschisten zu verweigern, ein Vorhaben, das jetzt, wie wenig sie noch den Ernst der Situation übersehen. Erst als die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien auf die Unmöglichkeit eines berichtigten Planes hinwiesen und mit aller Deutlichkeit zu verstehen gaben, daß sie unter keinen Umständen die geringste Abschwächung ihrer Forderungen dulden würden, begannen sie auch die Meinung in der Regierung etwas zu festigen. Nicht wenig haben dazu auch die Erfahrungen beigetragen, die die heutigen Vorgänge in Leipzig und Brauburg gezeichnet haben, die die Situation offensichtlich erleichtert. Weiter ist die Erkenntnis reichlich spät gekommen. Mit Recht wie die Genossen der Partei in der heutigen Kammerverhandlung darauf hin, daß die Regierung ein groß Teil Schuld an dem wahnwitzigen Berliner Verbrechen und seiner unvollständigen Folgen auf sich zu laden hat. Hätte sie sich nicht von einer geradezu unvorstellbaren Verschwendung lassen lassen und sich fortsetzen in tragischer Sicherheit gewiegt, hätte die Pläne der Berliner Hochverräter nicht so leicht geheißen können. Monatslang hat sie den deutschnationalen hegerischen Treibern laienlos zugehört. Ein Reichshausleiter erklärte am Montag, „Zeit Wochen lag etwas in der Luft; wir haben die Regierung fortgesetzt gewarnt und auf die Gefahr aufmerksam gemacht.“ Das haben auch wir getan. Aber alle Warnungen prallen an der Regierung ab. Anstatt den gegen-revolutionären Maßnahmen energisch entgegenzutreten, ließ sie ihren Unterdrückungsapparat gegen die revolutionäre Arbeiterklasse spielen, bis es zu spät war. Wenn sie jetzt nicht aus dem Trud der Putschisten, einsehen zum Besten kommen, dann ist das immerhin zu beklagen. Aber es muß von der Arbeiterklasse verlangt und darüber gemacht werden, daß den energischen Worten gegen die Berliner Staatsverbrecher auch entsprechende Taten folgen. Das zu betonen ist besonders notwendig gegenüber der Bemerkung Dr. Gradnauer, daß sich die Regierung nur schweren Herzens entschließen könne, sich einigen Forderungen anzuschließen, da nicht niemand wisse, „ob nicht von links das drohe, was oben von rechts heraufbeschoren wurde.“ Wir werden keine Gafheit dulden.

Die gestrige Plenarsitzung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Kapp und Putschisten und ihren verbrecherischen Anhang. In stimmungsvollen Szenen kam es besonders bei der Erklärung des Abgeordneten Hofmann. Die Unerschämtheit, mit der die deutschnationalen Heber die Vorbringer der Berliner Putschisten zu unterstützen wagen, sei eine dem Empfinden der Wehrheit und der Wahrheit. Rufe wie: „Unerschämte Gestalt“, „Verbrecher“, „Dummhämmer“, „Kapp Kopf ab“ lösten durch den wüsten Lärm und beschrien die reaktionäre gegen-revolutionäre Clique über die wahre Volksmeinung. Unter der Wucht dieses überaus energiegelassen Protestes sank den deutschnationalen Heber die Verzweiflung in die Hofen. Bloß und schlotternd vor Angst stolzen sie den weiteren Verhandlungen und Herr Dr. Veitler, der bestimmt war, auf die Rede des Herrn Gradnauer eine Erklärung abzugeben, sammelte mangels zweier Worte, von denen nur das „Unerschämtheit“ dem Kernwort war, daß sie unter dem Belagerungsstand nicht geblieben hätten.

Präsident Rathke hat die Sitzung mit einem feinen Ausdruck für die unerschütterliche Opfer der wahrhaftigen Wehrkräfte, die in Leipzig und Brauburg gefallenen sind. Die Abgeordneten hatten sich von ihnen voran erhoben. Dann nach Rathke im Namen der beiden sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktionen folgende Erklärung:

### Erklärung

Die Volkshammer der Reichswehr steht in dem Berliner Putschisten, ein schweres Verbrechen am Deutschen Volk, das sie auf der ganzen Welt verurteilt.

Der Putsch mit seinen Folgen bringt dem Deutschen Volk von neuem unendlichen materiellen und moralischen Schaden. Der beginnende Aufstieg unseres Wirtschaftslebens, der unverkennbar war, ist durch diesen brutalen Akt aufs schwerste gefährdet.

Die sächsische Volkshammer lehnt die Beschlüsse an der Wehrmacht ab und fordert das sächsische Volk ohne Unterschied der Parteien auf, seinem hochverräterischen Treiben entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Es ist es mit der sächsischen Regierung für selbstverständlich, daß die Reichsregierung in keinerlei Verhandlungen mit den Berliner Hochverrättern eintritt.

Die deutschnationalen und die deutsche Volkspartei geben besondere Erklärungen ab. Die ersten stellen, daß nicht hinter die Berliner Staatsverbrecher, während die Mitglieder der deutschen Volkspartei behaupteten, sie verurteilten den Berliner Putsch und stünden auf dem Boden der Wehrmacht. Sie forderten aber:

1. daß die Regierung der Minorität mehr entgegenkommen als bisher (beim Zulauf usw.),
2. daß würdige Eintritte in das Wirtschaftsleben unterbleiben,
3. die Wahl der Fronten nur nach der Tugendlichkeit, nicht nach ihrer Parteipolitik bestimmt.

Während es bei den Ausführungen des deutschnationalen Hofmann zu den oben geschätzten sozialistischen Szenen kam, wurde die von dem Abgeordneten Dr. Kaffer für das national-liberale „Männerkolloquium“ mit diesem Schreien ausgenommen.

Darauf nahm der Ministerpräsident Dr. Gradnauer das Wort.

Auf seiner Rede über die Situation fand Gradnauer etwas voreillich scharfe Worte gegen die deutschnationalen, die während des Krieges ein unermeßliches Maß von Schuld auf sich geladen hätten. Kapp, der während des Krieges aus dem Hinterhalt gegen den Reichsbürgersfrieden und für eine maßlose Angebotspolitik eingetreten ist, nannte er einen

### Werten der öffentlichen Meinung.

Die Marinebrigade sei von den verächtlichen Offizieren durch die verlogene Behauptung ausgehöhelt worden, die die Regierung wolle sie drohlos machen, Kapp werde sie in ihren Rechten schützen.

Dann konstatierte er die unerschämte Anmaßung der Kapp- und Putschisten und erklärte, die sächsische Volkshammer solle sich zu etwas bieten lassen können und sich unter die Diktatur eines Handvoll Soldaten stellen.

Es gebe nur ein Mittel, diesem Unflut sobald als möglich ein Ende zu machen. Es sei ein Mittel des Volkes, gegen diesen Verbrechen der Kapp-Pläne als Mittel auch den Generalfeldmarschall zu benutzen.

Die höhere Beamtenschaft habe erklärt, daß sie mit den sächsischen Diktatoren nichts zu tun haben wolle.

Woll Kapp der Boden unter den Füßen schwankt, wolle er verbannt sein. Wenn überhaupt jemals eine Maßnahme einer derartigen Art in Betracht käme, wolle sie sich jetzt immer völig unmaßgeblich.

Auch die Reichsregierung hat alle Verhandlungen abgelehnt. Nachdem der Minister auf die Stellung des Dresdener Militärs eingegangen, (siehe Erklärungen in der gestrigen Abendnummer unserer Zeitung) besprach er die

### Situation in Sachsen.

Die außerordentlich verworren ist. Die berechtigten Erregung des Volkes habe sich überall in anderen Formen äußert und zu den verächtlichen Systemen geführt, die sehr Unbehagen und Verwirrung hervorzurufen. Das sei lediglich eine Folge des wahnwitzigen Verbrechens von Berlin.

Am Namen des Gesamtministeriums erkannte Dr. Gradnauer folgende Forderungen an:

1. Der Belagerungsstand und die Schutzhaft werden für Sachsen aufgehoben. Für politische Vergehen wird eine Amnestie gewährt.
2. Das Wehrkommando soll die Zeitfreiwilligen sofort demobilisieren. Alle Befehle an die Soldaten für den Freistaat Sachsen werden im Einvernehmen mit der sächsischen Regierung erteilt. Es wird zu diesem Zweck ein Minister der Regierung bestellt.
3. Die Einwohnervorstände werden sofort mit Angehörigen der sozialistischen und der demokratischen Parteien aufgestellt und ihnen der Schutz

### Sexuellen Gehörbehaarung

Da in den Morgenblättern der Dresdener Blätter eine Bekannmachung des Generalmajors Müller erschienen war, die sich mit diesem Gehörbehaarung an den Kragen vorher vereinbart Punkten nicht verhalten ließ, wurde von unsern Vertretern unter Zustimmung der sozialdemokratischen Partei weiter gefordert:

Diese Beschlüsse sind sofort von der Regierung zu veröffentlichen mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die heutige Bekannmachung des Generalmajors Müller dadurch aufgehoben ist.

Im Hinblick daran ist eine neue von Siedt angelegene Bekannmachung zu erlassen, die die Durchführung der von der Volkstammung gefassten Beschlüsse anordnet.

Der Minister hatte einige formale Bedenken, erkannte aber auch diese Forderung als berechtigt an und wünschte eine Verständigung über die Ausführung.

Genosse **H. L. H. H. H.** erklärte im Namen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, daß sie unbedingt auch auf der Forderung bestehen bleiben. Der von Gradnauer angegebene Verständigung wegen der Form könne nicht in Frage kommen.

Weiter erklärte **H. L. H. H. H.**, daß wir uns ein näheres Eingehen auf die Gradnauer'sche Rede vorbehalten. Er wolle aber heute schon erklären, daß auch die Regierung ein groß Teil schuld an dem Mißfall treffe, weil sie viel zu lange den nationalpolitischen Gezeirten und Troßreden laienlos zugehen und ihre Macht nur nach links angewandt habe. Er warte seine vorläufige Zurückhaltung auf die Verprügungen einiger Reichsbahnhofverwalter und kritisierte eine Bekannmachung des Generalmajors Müller, die sich mit den Wahlen der Kammer nicht vereinigen lasse und sofort aufgehoben werden müsse.

Herr **S. I. D. E. M. A. N. U.** rechnete mit den Deutschnationalen ab und wandte sich gegen die Schwimbelstricken, die die Dresdener Nachrichten verdrängen, um der Kapputzierung beschämlich zu sein.

Herr **S. I. D. E. M. A. N. U.** bezeichnet die Erklärungen der Kapputzierung als großes Schwimbelmanöver und erklärte das Einverständnis seiner Fraktion mit den sozialdemokratischen Vorkommnissen.

Minister **H. I. H. I. A.** wandte sich gegen die Ausschaltung derjenigen Verwaltungsbeamten, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Es werde dadurch der ganze Verwaltungsapparat gelähmt. Beamte, die gegenrevolutionäre Gesinnung bekundeten, würden sofort bestraft.

Der Bürgermeister von Glauchau, der sein Einverständnis mit Kapp bekundete, ist vom Amt suspendiert.

Es folgten noch einige kurze Bemerkungen Dr. **B. E. U. T. L. E. R. D.** und des Ministerpräsidenten.

### Eine mögliche Ehrenrettung.

Von der Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten geht unter Verweisung auf § 11 des Pressegesetzes folgende „Berichtigung“ aus:

„In dem Artikel: Die Leipziger Neuesten Nachrichten schwenken zur Reaktion in der Nummer 88 der Leipziger Volkszeitung vom 14. März 1920 erklären wir berichtigend:

1. Es ist unwahr, daß die Leipziger Neuesten Nachrichten sich jemals der Revolution zur Verfügung gestellt hätten, und es ist ebenso unwahr, daß die Leipziger Neuesten Nachrichten sich jemals der Forderung des Reichstages Generalis in Berlin angeschlossen hätten.

2. Es ist unwahr, daß der Satz: Während die bisherige Regierung gewissermaßen eine einseitige Klassenherrschaft der Demokratie war, will die neue Regierung allen Volksklassen das gleiche Recht gewährleisten. Es ist nicht beachtet, an der Verfassung der Republik zu rütteln.

Sowie die folgenden aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze die Meinung unserer Redaktion oder unserer Leipziger Schriftleitung widersprechen. Die Sätze sind vielmehr in dem Zusammenhang, worin sie in der Abendausgabe der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 18. März 1920 stehen, deutlich kennzeichnend gemacht als eine Mitteilung, die von der „neuen Regierung“ in Berlin ausgeht.

3. Es ist unwahr, daß eine Vertriebsbeschlagnahme des technischen Personals der Leipziger Neuesten Nachrichten oder irgendwo sonst im Laufe des Sonnabendabends dem Verlag oder der Schriftleitung ein „Ultimatum“ gestellt habe. Es ist ebenso unwahr, daß eine Deputation der Redaktion, drei Mann hoch, in der Vertriebsbeschlagnahme erschienen sei, und dort irgendwas mitteilte habe. Es ist also weiter unwahr, daß Verlag und Redaktion der Leipziger Neuesten Nachrichten sich irgendwelchem „Ultimatum“ gebeugt und irgendwelchen Versuch, sie zur Einschrankung der verfassungsmäßig verbrieften Pressefreiheit zu nötigen, nachgegeben hätten.

4. Es ist endlich unwahr, daß eine Vertriebsbeschlagnahme des technischen Personals der Leipziger Neuesten Nachrichten am Sonnabendabend abgehalten worden sei. Wie am Sonntagmorgen in einer Beschlagnahme des technischen Personals sämtlicher Leipziger Zeitungsbetriebe vom Vertrauensmann des technischen Personals der Leipziger Neuesten Nachrichten mitgeteilt worden ist, hat eine

solche Vertriebsbeschlagnahme am Sonnabendabend überhaupt nicht stattgefunden. In einer ohne jeden Zwang herbeigeführten Aussprache wählten drei Redakteure der Leipziger Neuesten Nachrichten und dem Vertrauensmann des technischen Personals der Leipziger Neuesten Nachrichten über die Stellung des Blattes zu den Ereignissen des Sonnabendabends ist der Vertrauensmann auf eine Anfrage lediglich dahin informiert worden, daß die Leipziger Neuesten Nachrichten mehrfach und unabweisbar erklärt haben, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Verfassung ständen und jede Parteilichkeit sowohl von links als von rechts verurteilten.

Dr. **G. R. A. U. T. O. F. F.**  
Hauptredakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten.

Mit dieser Erklärung haben die „Nachrichten“ einen Versuch der Ehrenrettung in eigener Sache gemacht. Bei einem so reponierten Einverständnis, wie der publizistische Ethos der Leipziger Neuesten Nachrichten, wird eine solche Rettungsdaktion immer ein Versuch an unmöglichen Dingen scheitern; daran ändert keine Willkür ihres Hauptredakteurs etwas.

Zur Sache haben wir folgendes zu bemerken:

1. Die Veröffentlichung der Nachrichten gegenüber der Revolution vom 8. November ist nicht von uns, sondern von den bisherigen Redaktionen „Leipziger Abendblatt“ und „Leipziger Tageblatt“ zuerst festgestellt worden. Der Vorgang stellt in den Akten des früheren Arbeiterrates dokumentarisch fest. Wir halten ferner ausdrücklich, weil wir es beweisen haben, daß die tendenziöse Art, in der die Leipziger Neuesten Nachrichten die bei ihnen die Sonnabendausgabe eintrifft, die ersten Extrablätter an ausmachender Propaganda für die Rebellion Kapp bedeutet. Sie haben sich also dem Reichstages Generalis zur Verfügung gestellt.

2. Daß der einseitige Passus unter Nr. 2 der „Berichtigung“ Ausdruck der Meinung der L. N. N. sei, ist von uns nie behauptet worden, im Gegenteil vor und seitdem ist es festgestellt worden, daß diese Erklärungen des Reichstages Kapp von den L. N. N. in behaltlicher Weise aufgenommen worden sind.

3. Wir stellen zu 3 und 4 der „Berichtigung“ noch einmal fest, daß der Vertriebsbeschlagnahme gegen Kapp in der Sonntagsnummer der L. N. N. erst in deren Abdruck enthalten ist, in der vorher gedruckten Vorausgabe aber nicht. In dieser Abdruckausgabe erst sind auch die eingetragenen Nachrichten für Kapp unter teilweise Änderung der Ausfassung von der ersten Seite auf die sogenannte „Mittage“ zum größten Teil abgehoben und die erste Seite selbst entsprechend neu aufgemacht worden, unter Hervorhebung der Kapp unzulässigen Nachrichten. Der Vorgang der Uebernahme eines Ultimats durch die Arbeiterschaft der L. N. N. wird durch den Versuch des Herrn Hauptredakteurs, ihn auszusprechen und ihm die Zeitung einer „inangewiesenen Ausgabe“ zu geben, nicht abgeschwächt, im Gegenteil, es wird darin im wesentlichen zugegeben, was wir behauptet haben. Der Versuch, ihn zu lächerlichen, kann nur das Ansehen schaden, aber nicht die Redaktionsverwaltung hervorbringen.

Wir stellen also noch einmal fest: Die Mißproben ihres Geistes und kann die moralische Bankrott der Leipziger Neuesten Nachrichten nicht haben. Sie haben den schlechtesten Versuch gemacht, in Kapp Rettung zu machen und diesen erst eingeleitet, als die Sache wegen der Haltung der Arbeiterschaft des Reichstages sowohl wie ihrer eigenen Arbeiter kollektiv für den gescheiterten Versuch zu werden drohte.

Das Schicksal will es, daß der Redaktion der L. N. N. Instrument am Tage, so Herr Dr. **G. R. A. U. T. O. F. F.** diesen seinen Blick auflegte; eine neue reaktionäre Entgleisung passierte, auf die wir uns gestanden hinwenden. In einem Situationsbericht über die Lage in Berlin (Abendausgabe der L. N. N. vom 10. März) wird der Revolverkampf der Berliner Arbeiterschaft gegen die rebellische Soldateska im Schumannsplatz mit dem Wort „Mißgeschick“ bezeichnet; es mußte eine „Stunde“ der „Straßen“ Rastlosen usw. Die Ordnungsdienst des Peterssteinweg wehelt also wieder einmal von den Berliner „Mären mit dem Schwert“.

### Eine Werbeverammlung für die Zeitfreiwilligen

Die am Dienstag vormittag in der Albertstraße der noch am Sonnabend gewissermaßen „revolutionäre“ Bürgerauskunft ab. Wenigstens schien das, neben der Besorgung der Erfahrungen mit einigen Nachrichten aus dem Lande, der einzige Zweck der Versammlung. Referent war Universitätsprofessor **G. O. E. H.**, der ebenso von den Berliner Rebellensprache als auch der anderen Bürgermann vor der angekündigten Ausruftung der Kaiserrepublik graulich machte. Eben wegen dieser Gefahr empfand und bezeichnete er auch

die sich vollziehende Eingliederung der Arbeiterschaft als ein Welthängnis. Durch die Masse seien die Führer der U. S. P. nunmehr auf einen Standpunkt gedrängt worden, von dem sie jeden Kompromiß mit den Parteien der Bürger ablehnten, wobei zu betonen ist, daß immer, wenn unsere Politik den gewöhnlichen geraden Weg der Klarheit beschreitet, die bürgerliche „Blinde Masse“ als Paradedarstellung anführt. Unre Haltung im Kampf gegen die Kapp'sche Verschwörung mußte von vornherein — und nie anders — eingeleitet sein auf die offenkundige, durchsichtige Mentalität des Militärs in Leipzig, die nur politischen Säuflingen verborgen bleiben konnte. Wenn von diesem erst jetzt, am Dienstag, eine Kapp verurteilende Erklärung vorkam, so fragen wir uns allerdings mit Recht nach dem Wert solcher Zeitungspapier, auf dem gerade die Militaristen pfeifen, wenn es darauf ankommt, und der um so verdächtiger erscheint, als er ausgerechnet nach voller drei Tagen unter dem Druck der Arbeiter an die Öffentlichkeit kommt. Bisher hat übrigens der Bürgerauskunft, wie Herr **G. O. E. H.** weiter mitteilte, sogar von den Leipziger Rechtssozialisten keine Antwort bezüglich deren Mitarbeit im Aktionsausschuß erhalten. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft ferner, wie sie jetzt zur Parole der Sozialdemokraten geworden sei, biete die schwersten Gefahren für die öffentliche Sicherheit; dabei gab Herr Professor **G. O. E. H.** fast in derselben Atemzuge zu, daß in Chemnitz, wo diese Bewaffnung vollendet ist und gesiegt hat, keinem Menschen ein Härchen getrennt wurde. Bezüglich des Militärs präziserte Herr **G. O. E. H.** die Stellung der Leipziger Bürger folgendermaßen: „Ein Grund, gegen das Militär zu stehen, ist nicht gegeben: Wir können uns unbedingt auf die volle Loyalität der Zeitfreiwilligen verlassen. Von diesen ist in Leipzig an seiner Stelle am Sonntag gereicht worden.“ **G. O. E. H.** Kaiserat stand dann in einem sehr breit gehaltenen Schlußwort aus, in dem er aufforderte, den Zeitfreiwilligen beizutreten. Ob die schönen Worte ihres Professors die beaucemen Herren Bourgeois allerdings irgendwie rühren können, glaubt Herr **G. O. E. H.** schwerlich selbst.

Während des Referats gab ein Bataillonsführer der Leipziger Zeitfreiwilligen, Hauptmann **W. U. N. D. E. R.** die Erklärung des Regiments gegen die Kapp-Regierung ab, die bereits die Diensttag-Morgenpresse abgedruckt hatte.

### Kundgebungen der Beamten und Angestellten.

Der Vorstand des Bundes sächsischer Staatsbeamten erklärt an die Beamten folgenden Aufruf: Das Vaterland steht in schwerer politischer Entscheidung! Parteien ringen um die politische Macht! Unser Bund darf sich nach seinen Lehren parteipolitisch nicht beteiligen! Er lehnt deshalb ein tätiges Eingreifen in den politischen Kampf ab! Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei; so steht es in der Reichsverfassung, ihr haben wir Treue geschworen! Mitglieder des Bundes ist eure Pflicht als Diener der Gesamtheit: Haltet Treue der Reichsverfassung!

Die Leipziger Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes haben in einer Versammlung die folgende Entschlieung angenommen:

„Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der verfassungsmäßigen Verfassung und sind bereit, mit allen gesetzlichen Mitteln jede verfassungswidrige Regierung entgegenzutreten.“

Die Bundesgeschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes der Arbeiter hat in einer Rundschreiben an die Gewerkschaften, die die Gewerkschaftsbund der Angestellten selbstverständlich rechts auf dem Boden der verfassungsmäßigen Verfassung steht, die sich das Volk in freier, gemeinsamer Wahl selbst erschaffen hat. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Ablehnung jeder „Reaktion“ und jeder „Parteilichkeit“, die in ihren unüberwindlichen Folgen unser ganzes Wirtschaftsleben nur noch weiter in den Abgrund stürzen kann.

Diese Kundgebungen gegen die Berliner Vorkommnisse sind sicher erntreich, aber auch die Beamten und Angestellten müssen einsehen, daß nur völkervereinigte Parteipolitiker allein gegen die Berliner Staatsrechtler nicht auszukommen ist.

### Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

Das Werden einer Abonnenten für die Volkszeitung!

**Reformhaus Jda Becker**  
L. Eisenbahnstr. 96  
Sämtliche Artikel  
Wochenkrankenpflege

**Raucherthank!**  
ges. gewöh., erdögl. in einzig. Tag. d. Raucher ganz od. teilw. an unterlass. Amtl. begünstigt.  
Wirk. verbilligt. Vollst. unerschöpflich.  
Tgl. Anerk. Anskft. amsonat.  
**Institut Englbrach,**  
München R. 18, Kanuierstr. 9.

Innerhalb 4 Tagen werden eilige  
**Damen u. Herrenhüte umgepreßt**  
**Hut-Fabrik**  
Seeburgstr. 22  
Tel. 1839.

**Rechts** Rat u. Beistand  
Anwalt, Gesetz, Prozesse, Stenograf, Pflanzkorn, U. Landg. Nr. 24, 17. akadem. gebild. Rechtsvert.  
**Dr. F. Müller,**  
Seip. Gehl. 10, Albrechtstr. 17.  
Ede. Klin. enthalt. Stroh.

**Berleth-Institut**  
seiner Geschäftsanlagen  
**J. K. I. D. E. M. A. N. U.**  
Reumarkt 1, L. E. G. Grimm. St.

**Familien-Nachrichten**  
Von mörderischer Kugel getroffen, fiel am Sonntag, dem 14. März, unter Kollern  
**Friedrich Rohland**  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Da die Beerdigung der Opfer dieses schrecklichen Ueberfalls gemeinsam stattfinden, ersuchen wir um rege Beteiligung zum letzten Gaste.  
Das Personal des Elts, Elw u. Tol der sächs. Staatsbahn Leipzig.

Allen Verwandten und Bekannten die trauernde Nachricht, daß am Sonntag mittag mein innigstgeliebter, treuer, sorgender, herzensguter Mann, unser lieber Sohn und Bruder, Schwager und Onkel, der Telegraphenhandwerker  
**Friedrich Wilhelm Rohland**  
wel mörderischen Kugeln zum Opfer fiel. Er starb plötzlich infolge Bruch und Oberarmknochen. In tiefem Schmerz  
Leipzig, Schützenstraße 17.  
**Asia verw. Rohland geb. Enghardt und Kind Albin Rohland und Frau, Altenburg, als Eltern Emil Enghardt und Frau, Gethäin und sämtliche Brüder und Schwestern**  
Beerdigung Donnerstag, 18. März, 11 Uhr, an unbekannt.

Hierdurch geben wir bekannt, daß die Beerdigung des Buchbinders  
**Willi Hanke**  
Donnerstag, 18. März, nicht vorm. 11 Uhr, sondern 1/11 Uhr auf dem Trinitätsfriedhof stattfinden.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Haut-, Geschlechts-, Frack-, Gehrock-**  
Leipziger Leihinstitut für Frack-, Gehrock- Smokkings, Zylinderhüte, Belau, Zeilser Str. 3, 1, Ecke Albertstr., im Bankgeb.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Am Sonntag, den 14. März, wurde unter Verbandsmittels und langjähriger Betriebsvertrauensmann, der Breitfabrik, Köstze  
**Otto Körner**  
in der Blicherstraße meuchlings erschossen.  
Wir werden das Andenken des Ermordeten immer ehrend gedenken. Die Ortsverwaltung.  
NB. Die Verbandsmittglieder werden aufgefordert, an der am morgenden Tage stattfindenden Beerdigung sich zahlreich beteiligen zu wollen.  
S. Os.

Montag, nachmittags 1/4 4 Uhr, wurde meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frau Selma Hopf geb. Eckert**  
im Alter von 62 Jahren bei einem Wege von der Stadt nach ihrer Wohnung erschossen.  
In namenlosem Schmerz  
**L. G. O. H. I. S., Georgstraße 38, am 17. März 1920**  
**Robert Hopf und Tochter Charlotte**  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Freitag, mittags 12 Uhr, von der Kapelle des Wohlthätigfriedhofs aus statt.

Als Opfer des Blutbades am Montag Abend habe auch ich den Verlust meines Angehörigen  
**Arno Herrmann**  
aus Sommerfeld aufs tiefste zu beklagen. So verliere ich in ihm einen tüchtigen ehrlichen Arbeiter, so daß ich sein Andenken stets in Ehren halten werde.  
**Artur Ziesacke, Briefverwalter, und Frau**  
Leipzig, Antonstraße 26.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, 14. März, mittags, mein lieber Mann, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Emil**  
**Georg Riegel**  
im Alter von 83 Jahren durch ruchlose Hand hingerichtet wurde. In tiefer Trauer  
Leipzig, Ohlenschlagstr. 26, Silberhütchen, 16. März 1920  
**Anna Riegel geb. Karig**  
**Karl Riegel und Frau, Richard Riegel, Reinhold Sobert und Frau geb. Riegel, Martha Warlich geb. Riegel, Rosa Riegel, Paul Riegel und Frau, Liesbeth Karig.**

Die Beerdigung von  
**Karl Hanitzky**  
findet Donnerstag, nachmittags 1/2 2 Uhr, auf dem Lindenauer Friedhof statt.  
Für die vielen Gemelte aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unsern lieben, guten Tochter **Herta** sagen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank.  
**S. Kleinschäcker, den 16. März 1920.**  
**Familie Walter Gangloff.**

**Alte Akkumulatoren**  
für Jereimas, Lichtmaschinen  
**W. G. O. H. I. S.,**  
Kämpen, Licht-, Wasser-, Zähler, Netze, Apparate, Elektrischen usw. kann zu höchsten Tagespreisen  
**Endorf, Adolphstr. 31.**

Für sämtliche **Felle**  
überbleibe jedes Gebot  
**L. Michawtsch,**  
Brühl 69, U. P. 1, B. 7/8 links  
**Kanin bis 30 Mk.**  
**F. Brucke, Mittelstr. 80/81.**

Die Erstürmung der Bastille.

Von Thomas Carlyle.

Für die Lebenden und Kämpfenden bricht ein neuer Tag, der 14. Juli, an. Unter allen Dächern dieser wahnsinnigsten Stadt drängt der Anwalt eines nicht untertraglichen Dramas der Übung zu...

Was soll die Bastille tun? Er hätte nur eins tun können, was, wie er sagte, er auch tun wollte. Stellt ihn euch vor, wie er anfangs...

Die Belagerung der Bastille, die man für eine der wichtigsten in der Geschichte hält, zu beschreiben, übersteigt vielleicht das Talent eines Sterblichen.

Ja, so wagt es und tobt es. Schloß, der Feindhändler, ist unverkennbar Kanonier geworden. Seit, wie der Seemann Georget, der schon von Brot eingetrocknet ist...

Der alte de Launay hat sich, wie gesagt, Sonntagabend nach Witternacht ins Innere zurückgezogen; dort wohnt er seitdem in dem reuherlichsten Abseits...

Was nun Ihre erdacht den ganzen Vormittag überall der Auf- jähre Bastille wiederholt sind dort Bürgerdeputierten gewesen und haben ungestüm Waffen begehrte...

Schon fließt Blut, Nahrung für neue Tat. Die Verbundenen werden in die Häuser der Rue Croix de la Toison...

Die roten sind Stunde für Stunde die große Uhr im inneren Hofe der Bastille weiter, als ginge nichts vor, was für sie oder die Welt von Bedeutung wäre...

Was die, de Launay mit seinen armen hundert Invaliden Prognose ist fern und hat taube Ohren; Belovval hört, kann aber seine Hilfe senden...

ger Nagel dich umspannen! Nie hat deine Art solche Stöße auf Sprache oder Felle geföhrt. Nieder damit, Geselle, nieder damit zur Hölle...

Die Belagerung der Bastille, die man für eine der wichtigsten in der Geschichte hält, zu beschreiben, übersteigt vielleicht das Talent eines Sterblichen.

Ja, so wagt es und tobt es. Schloß, der Feindhändler, ist unverkennbar Kanonier geworden.

So möge, denn, das Feuer wüten und alles verzehren, was immer brennen mag. Man stellt die Wachtstube und die Speisräume der Invaliden in Brand...

Die roten sind Stunde für Stunde die große Uhr im inneren Hofe der Bastille weiter, als ginge nichts vor...

Was die, de Launay mit seinen armen hundert Invaliden Prognose ist fern und hat taube Ohren...

Die roten sind Stunde für Stunde die große Uhr im inneren Hofe der Bastille weiter, als ginge nichts vor...

Was die, de Launay mit seinen armen hundert Invaliden Prognose ist fern und hat taube Ohren...

Die roten sind Stunde für Stunde die große Uhr im inneren Hofe der Bastille weiter, als ginge nichts vor...

Was soll die Bastille tun? Er hätte nur eins tun können, was, wie er sagte, er auch tun wollte. Stellt ihn euch vor, wie er anfangs...

Die roten sind Stunde für Stunde die große Uhr im inneren Hofe der Bastille weiter, als ginge nichts vor...

Was die, de Launay mit seinen armen hundert Invaliden Prognose ist fern und hat taube Ohren...

Die roten sind Stunde für Stunde die große Uhr im inneren Hofe der Bastille weiter, als ginge nichts vor...

Kleine Chronik.

Die Kantgesellschaft erhielt von Dr. Jasse-Charlottenburg 3000 Mk. zur Ausarbeitung einer Preisauflage mit dem Thema: Die materialistische Geschichtsphilosophie seit Karl Marx...

Eingelautene Schriften.

Die rote Armee. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. Trotski, Die Organisierung der roten Armee. Verlag der Kommunistischen Partei Deutschlands...